



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Daniel Rügger begrüsst die Anwesenden zur 3. Sitzung dieses Jahres. Seit der letzten Stadtratssitzung habe sich sowohl Positives wie auch Negatives ereignet. Als positiv erachte er unter Anderem die Ende März durchgeführte Wahl von Stadtrat Reto Müller zum Partei-Präsidenten der SP Langenthal. Im Namen des Stadtrates gratuliere er Stadtrat Reto Müller herzlich zum neuen Amt. Auch stelle er mit Genugtuung fest, dass der Anlass "langenthal bewegt" vom 5. und 6. Mai 2009 im Rahmen des nationalen Präventionsprojekts "schweiz.bewegt2009" und vor Allem der Sieg über die Stadt Bern (Duellgegnerin) ein voller Erfolg gewesen sei. An dieser Stelle danke er dem Organisationskomitee für die gute und reibungslose Durchführung. Ein erfreuliches Ereignis sei auch die Geburt von Valentin Tim Rentsch am 8. Mai 2009. Herzliche Gratulation an Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf zum Nachwuchs.

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **35** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
- **6** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend. Gemeinderat Kurt Blatter ist entschuldigt abwesend.

Stadtratspräsident Daniel Rügger informiert, dass die SVP-Fraktion Stadtrat Stefan Grossenbacher als Ersatz für den entschuldigt abwesenden Stimmenzähler Erich Burri vorschlage und bittet um Zustimmung oder um anderweitige Vorschläge.

- **Der Wahl von Stefan Grossenbacher (SVP) als Ersatz-Stimmenzähler wird schweigend zugestimmt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



1. Schulzentrum Kreuzfeld; Liegenschaft Turnhallenstrasse 22, Langenthal (Oberaargauische Musikschule Langenthal); Umbau mit Raumunterteilung im 2. Obergeschoss sowie Sanierung der Korridore und des Treppenhauses; Projektgenehmigung und Bewilligung eines Investitionskredits

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Seit August 2008 sei die Musikschule Mieterin der früher durch den Kindergarten und von der kaufmännischen Berufsschule belegten Räume. Der Renovationsbedarf für diese Räume sei gross.

Das Projekt beinhalte

- die Aufteilung eines grossen Raums in 4 Musikzimmer. Die Raumaufteilung und -umgestaltung erfolge nach den Bedürfnissen der Musikschule (akkustische Massnahmen),
- eine EDV-Einrichtung,
- elektrische Installationen (Beleuchtung inkl. Notbeleuchtung),
- die Sanierung der Korridore und des Treppenhaus (Montage Sicherheitsgeländer),
- den Ersatz des bestehenden durch ein neues Schliesssystem (Untergeschoss bis 2. Obergeschoss)
- die Montage von Vorhängen an 46 Festern. Der Stoff für die Vorhänge habe die Musikschule als Geschenk erhalten.

Das Projekt sei in Zusammenarbeit des Stadtbauamtes mit der Musikschule und der Lüscher & Egli AG ausgearbeitet worden. Da es sich beim Gebäude um ein K-Objekt handele, seien alle baulichen Eingriffe mit der kantonalen Denkmalpflege projektiert worden.

Die Investition von Fr. 565'000.00 seien zu einem grossen Teil als Unterhalt zu werten (hoher Nachholbedarf). Deshalb seien nur ca. Fr. 180'000.00 als wertvermehrend zu bezeichnen, was eine Mietzinsanpassung von Fr. 13'000.00 bedeute.

Der Betrag von Fr. 565'000.00 setze sich wie folgt zusammen:

■ Umbau mit Raumunterteilung	Fr.	426'000.00
■ Korridore und Treppenhaus	Fr.	101'000.00
■ Schliessanlage	Fr.	30'000.00
■ Vorhänge	Fr.	8'000.00

Was die Finanzierung betreffe, so seien im Investitionsplan 2009 - 2013 für das Jahr 2009 Fr. 420'000.00 vorgesehen, wobei das Treppenhaus, die Korridore sowie die Schliessanlage bei diesem Betrag nicht eingerechnet seien. Die dadurch entstehenden Mehrkosten könnten durch andere geplante Investitionen im Kreuzfeld, die zwar geplant seien, aber im Jahr 2009 nicht zur Ausführung kommen werden, gedeckt werden. Ein entsprechendes Projekt Kreuzfeld werde dem Stadtrat voraussichtlich im August 2009 vorgelegt.

Die Ausführung des Umbaus sei für den Sommer 2009, zusammen mit dem Umbau der Regionalbibliothek, die sich im selben Gebäude befinde, vorgesehen.

Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: Die Geschäftsprüfungskommission bestätige die formelle Richtigkeit der Vorlage. Die Sanierung der Korridore und des Treppenhauses sowie die Erneuerung der Schliessanlage und die bauliche Veränderung zur Aufteilung der Räume mache nach Ansicht der Geschäftsprüfungskommission Sinn. Dagegen erscheine der Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission die Mietzinserhöhung um Fr. 13'000.00 pro Jahr - in Anbetracht des künftigen Mehrwertes von Fr. 180'000.00 - zu moderat, zumal durch die neue Raumaufteilung nicht nur mehr Räume entstehen, sondern diese Räume auch optimaler genutzt werden können. Mit dem Hinweis, dass die Mietzinsanpassung im Rahmen der Möglichkeiten ausgeschöpft werde sollte, stimme die Geschäftsprüfungskommission der Vorlage im Sinne des Gemeinderates zu.



Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Die Schulanlage Kreuzfeld entwickle sich zu einem bedeutenden Zentrum. Das Bildungsangebot (Musikschule, Volksschulen, Kindergarten, Kinderkrippen, Bibliothek, Heilpädagogische Tagesschule, Erwachsenenbildung, Sportanlagen) bewege sich auf hohem Niveau. Die entstehenden Synergien gelte es in Zukunft zu nutzen um gute Voraussetzungen für die Einführung von Tagesschulstrukturen zu schaffen.

Mit der Oberaargauischen Musikschule, die trotz der schwierigen Zeit expandiere und zusätzlichen Unterrichtsraum in Langenthal benötige, habe die Stadt Langenthal eine wertvolle und zuverlässige Mieterin für die Liegenschaft "Turnhallenstrasse 22". Die oberaargauische Musikschule trage wesentlich zum guten Ruf von Langenthal bei.

Die SP/GL-Fraktion unterstütze die Entwicklung stelle aber fest, dass das vorliegende Projekt wesentliche Mängel aufweise:

1. Sowohl in der Musikschule als auch in der Stadtbibliothek würden sich keine behinderten gerechten Toilettenanlagen befinden.
2. Das 1. und 2. Obergeschoss der Musikschule sei durch die bestehende Treppenanlage nicht behindertengerecht erschlossen.

Insbesondere die öffentliche Hand müsse mit gutem Beispiel vorangehen und die geforderten Gesetzesauflagen sorgfältig umsetzen. Die Planung könne nicht, wie dies beim vorgelegten Projekt der Fall sei, einfach bei den Zimmertüren enden.

Die SP/GL-Fraktion beantrage deshalb, die Treppenanlagen zur oberaargauischen Musikschule ins 1. und 2. Obergeschoss zusätzlich zu den geplanten Sanierungen mit einem Treppenlift zu erschliessen und die bestehende Damentoilette im Erdgeschoss der Stadtbibliothek behindertengerecht umzubauen.

Der Antrag werde damit begründet, dass die Stadtbibliothek sowie die Musikschule stark frequentierte öffentlich zugängliche Anlagen seien, in welchen Dienstleistungen und Ausbildungen angeboten werden. Zudem befinde sich im 1. Obergeschoss der Musikschule ein Konzertsaal, in welchem die Musikschüler öffentliche Konzerte durchführe.

Gemäss den gesetzlichen Grundlagen (kantonales Baugesetz und Behindertengleichstellungsgesetz) seien öffentlich zugängliche Gebäude, in welchen Dienstleistungen oder auch Ausbildungen angeboten werden, behindertengerecht auszugestalten. Dank der grosszügigen Bauweise der bestehenden Treppenhäuser und Toilettenanlagen sei eine Realisierung der geforderten Massnahmen technisch problemlos möglich und würde in Bezug auf das Behindertengleichstellungsgesetz einen verhältnismässigen Aufwand darstellen.

Die SP/GL-Fraktion bitte das Parlament, diesem Antrag zuzustimmen, weil Versäumnisse dieser Art später mit Nachbesserungen gebüsst werden müssten.

Armin Flükiger, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion stimme dem Geschäft einstimmig zu, obwohl eine Gesamtsanierung des Gebäudes besser gewesen wäre. Vermutlich wäre eine Sanierung in einem Paket aus Kostengründen vors Volk gekommen womit die bereits getroffene Luxusbauweise für die Bibliothek¹ noch einmal hätte überlegt werden müssen. Mit nicht viel höheren Kosten hätten zudem auch die alten WC-Anlagen und beispielsweise die Heizung sowie die Fenster saniert werden können.

Robert Kummer, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion stimme der Vorlage im Sinne der Antragstellung zu und unterstütze die damit mögliche Zusammenlegung der Musikschule an einem Standort.

¹ Stadtratsbeschluss vom 20. Oktober 2008, Traktandum Nr. 3 (Regionalbibliothek Langenthal; Umgestaltung und Sanierung der Bibliotheks- und Eingangsbereiche sowie Einbau einer Sicherungsanlage)



Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp schliesse sich dem Antrag des Gemeinderates an und halte es auch für richtig, dass die Musikschule künftig in einem Gebäude untergebracht werden könne.

Das Gebäude an der Turnhallenstrasse 22 werde schon seit längerer Zeit von der Musikschule Oberaargau genutzt. Demzufolge sei es nur logisch, das "leerstehende" 2. Obergeschoss den Bedürfnissen der Musikschule anzupassen. Ebenfalls sinnvoll werde erachtet, dass im Zuge des Umbaus auch gleich der Korridor sowie das Treppenhaus saniert werde, auch wenn man sich in der Fraktion ob der mehrfachen, expliziten Nennung von "minergietauglichen Deckenleuchten" ein Schmunzeln nicht habe verkneifen können.

Der Gemeinderat habe an seiner Sitzung vom 18. März 2009 (Traktandum Nr. 5) einen Strategiewechsel bezüglich Schulhaussanierungen beschlossen. Neu sollen Renovationen im Rahmen umfassender Gesamtgebäudesanierungen und unter spezieller Berücksichtigung der Nachhaltigkeit und des Energiesparens durchgeführt werden. Angesichts dieser Strategie stelle sich also hier die berechnigte Frage, ob die Liegenschaft Turnhallenstrasse 22 nicht auch einer Gesamtsanierung hätte unterzogen werden sollen, da dieses Gebäude in keinsten Weise dem Ziel der Nachhaltigkeit und des Energiesparens entspreche.

Stadträsident Thomas Rufener: Die mehrheitliche Zustimmung zur Vorlage und speziell die Akzeptanz der vom Gemeinderat beschlossenen Sanierungsstrategie von Schulhäusern sei erfreulich. Weniger erfreulich sei die Kritik in Bezug auf die Behindertengerechtigkeit bzw. der Antrag der SP/GL-Fraktion, von dem er heute das erste Mal höre, zumal das vorliegende Geschäft von allen vorberatenden Behörden vorbehaltlos genehmigt worden sei. Die beantragte Erweiterung stelle eine erhebliche Änderung dar und liege ausserhalb des Rahmens der vorliegenden Projektierung. Am heutigen Abend habe der Stadtrat somit zu entscheiden, ob er die Vorlage gemäss Antrag annehmen oder aber ablehnen und somit zur Überarbeitung der Projektierung zurückweisen wolle.

Stadtratspräsident Daniel Rüeegg stellt fest, dass die Annahme des Antrages der SP/GL-Fraktion gleichzeitig die Ablehnung des gemeinderätlichen Antrages darstelle und somit der politische Rückweisung des Geschäfts entspreche. Das heisse, dass die Vorlage überarbeitet und zu einem späteren Zeitpunkt neu traktandiert würde.

Urs Masshardt ist mit der Darlegung, dass die Annahme des Antrages der SP/GL-Fraktion gleichzeitig die Ablehnung des gemeinderätlichen Antrages zur Folge habe, nicht einverstanden. Der Antrag der SP/GL-Fraktion habe eine Änderung des Projektes im Sinne einer Korrektur und nicht die Rückweisung des Geschäftes zum Ziel. Dementsprechend müsse über den Antrag der SP/GL-Fraktion jetzt abgestimmt werden können.

Stadtratspräsident Daniel Rüeegg bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass der Antrag der SP/GL-Fraktion keine geringfügige sondern eine erhebliche Änderung am Projekt auslöse und somit die Rückweisung der Vorlage an den Gemeinderat zur Konsequenz habe.

Daniel Steiner beantragt (Ordnungsantrag) die Sitzung zur Besprechung und Beratung des weiteren Vorgehens in den Fraktionen zu unterbrechen.

Stadtratspräsident Daniel Rüeegg bittet um Abgabe der Stimme zum Ordnungsantrag von Stadtrat Daniel Steiner, die Sitzung zu unterbrechen:

- **Dem Ordnungsantrag von Stadtrat Daniel Steiner, die Sitzung zu unterbrechen, wird mehrheitlich zugestimmt.**

Stadtratspräsident Daniel Rüeegg unterbricht die Sitzung um 19.25 Uhr für 10 Minuten.

Stadtratspräsident Daniel Rüeegg erklärt den Sitzungsunterbruch um 19.35 Uhr für beendet und bittet die Fraktionssprechenden die neue Situation darzulegen.



Nadine Masshardt, SP/GL-Fraktion: Mit äusserstem Erstaunen habe sie letzte Woche zufällig entdeckt, dass bei dieser offensichtlich sehr berechtigten und unbestrittenen Sanierung weder ein Treppenlift noch andere Massnahmen zur Sicherstellung der Behindertengängigkeit - zumindest bis ins 1. Obergeschoss - vorgesehen seien und dies obwohl das Treppenhaus saniert werde.

Erstaunt sei sie, weil die Behindertengängigkeit des Stadttheaters seit über einem Jahr im Stadtrat diskutiert werde und sie sich dementsprechend vom Gemeinderat eine diesbezügliche Sensibilisierung erhofft habe. Auch deshalb, weil der Gemeinderat auf die Frage Nr. 9 (*Wie steht es generell um die Behindertengängigkeit der Langenthaler Kulturinstitutionen? Respektive: Welche Kulturinstitutionen in Langenthal sind behindertengängig? Welche nicht?*) ihrer Interpellation (Interpellation Masshardt Nadine (SP) und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2008 betreffend den Bearbeitungsstand des Treppenlifts im Stadttheater) geantwortet habe: *"Der Gemeinderat hat sich anlässlich seiner Sitzung vom 21. Januar 2009 (Traktandum 4) mit der Behindertengerechtigkeit der Langenthaler Schulzentren befasst. Dabei hat er unter anderem zur Kenntnis genommen, dass die Musikschule/Bibliothek im Schulzentrum Kreuzfeld I-III nur teilweise behindertengerecht zugänglich ist. In diesem Zusammenhang hat der Gemeinderat entschieden (Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates): Im Rahmen von grösseren Umbauvorhaben oder Gesamtanierungen der Langenthaler Schulzentren sind invalidengerechte Massnahmen, gemäss den geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Empfehlungen, zu prüfen und entsprechend umzusetzen."* Diese Antwort zeige, dass der Gemeinderat die Situation realisiert habe. Dass er aber trotzdem nichts unternehme, sei unverständlich.

Erstaunt sei sie auch, dass sich der Gemeinderat anscheinend nicht an das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG) halte. Artikel 3¹ fordere unmissverständlich, dass bei einer Erneuerung - sprich Sanierung - von öffentlich zugänglichen Bauten, diese behindertenzugänglich gemacht werden müssen. In vorliegendem Geschäft passiere dies nicht.

Menschen mit einer Behinderung sollten in Langenthal möglichst nie eine Benachteiligung beim Zugang zu öffentlichen Gebäuden erfahren. Aus diesem Grund bitte sie den Antrag der SP/GL-Fraktion zu unterstützen.

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Obwohl die EVP/glp-Fraktion das Anliegen der SP/GL-Fraktion im Ansatz unterstütze, stimme sie dem Antrag nicht zu. Die Umsetzung im Sinne des Antrages sei mit der Überarbeitung des Projektes sowie mit der Neuberechnung des Kreditbedarfs verbunden, wodurch der Baubeginn in unerwünschter Weise verzögert würde. Die EVP/glp-Fraktion bitte die SP/GL-Fraktion deshalb, den Antrag zurückzuziehen und das Anliegen in Form eines parlamentarischen Vorstosses einzureichen. Auf diese Weise könnte dem Begehren mit einer späteren Nachrüstung entsprochen werden.

Robert Kummer, FDP/jll-Fraktion: Wenn der Antrag die Gesamtanierung des Gebäudes zum Ziel hätte, würde die FDP/jll-Fraktion zustimmen. Da dies aber nicht der Fall und zudem fraglich sei, ob ein Treppenlift wirklich die "allein-seelig-machende Lösung" bieten würde, lehne die FDP/jll-Fraktion den Antrag der SP/GL-Fraktion ab und folge der Antragstellung des Gemeinderats.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Gemeinderat nehme den Hinweis auf die übergeordnete Gesetzgebung entgegen, finde deren Anwendung aber nicht zwingend, da bei vorliegendem Projekt nicht von einer umfassenden Sanierung ausgegangen werden könne. Selbstverständlich sei der Gemeinderat bereit im gegebenen Fall und bei Bedarf Behindertengängigkeit zu schaffen. Bei vorliegender Teilsanierung gelte es diesen Punkt jedoch gründlich abzuwägen.

¹ <http://www.admin.ch/ch/d/sr/1/151.3.de.pdf>



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

Stadtratspräsident Daniel Rüeegg bittet um Abgabe der Stimme zum Antrag der SP/GL-Fraktion, die Treppenanlagen zur obergauischen Musikschule ins 1. und 2. Obergeschoss zusätzlich zu den geplanten Sanierungen mit einem Treppenlift zu erschliessen und die bestehende Damentoilette im Erdgeschoss der Stadtbibliothek behindertengerecht umzubauen:

- **Der Stadtrat lehnt den Antrag der SP/GL-Fraktion mit 23 Stimmen Nein gegen 12 Stimmen Ja (bei 0 Enthaltungen) ab.**

Stefanie Loser-Fries: Aus der geführten Diskussion gehe hervor, dass die Gesamtsanierung des Gebäudes von der Mehrheit im Parlament getragen würde. **Gestützt darauf stelle sie den Antrag, das Geschäft an den Gemeinderat mit dem Auftrag zurückzuweisen, dem Stadtrat die Vorlage als Gesamtsanierung wieder vorzulegen.**

Nadine Masshardt: In Anbetracht von Artikel 3 des Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG) erachte sie es als heikel, die Vorlage im Sinne der gemeinderätlichen Antragstellung durchzuziehen. Ihrer Meinung nach sei auch die projektierte Sanierung des Treppenhauses diesen Vorgaben unterstellt. Sie bitte deshalb, den Antrag von Stadträtin Stefanie Loser-Fries zu unterstützen.

Fritz Fiechter: Wenn er beim Stadtbauamt ein solches Gesuch einreichen würde, würde er aufgefordert, dieses entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu verbessern. Die schludrige Behandlung, dieses Geschäft erstaune ihn sehr. Unbegreiflich sei auch, dass das Stadtbauamt Sachen von Bürgern verlange, an die es sich selber nicht halte.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Wie bereits zum Antrag der SP/GL-Fraktion dargelegt, habe der Stadtrat am heutigen Abend zu entscheiden, ob er die Vorlage gemäss der gemeinderätlichen Antragstellung annehmen oder aber ablehnen und zurückweisen wolle.

Der Gemeinderat habe der Beratung entnommen, dass eine Gesamtsanierung des Gebäudes politisch unterstützt werde. Als Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen und namens des Gemeinderates **ziehe er die Vorlage deshalb zurück.**

In wie weit die Gesamtsanierung der Liegenschaft Turnhallenstrasse 22 allerdings - entsprechend der vom Gemeinderat am 18. März 2009 beschlossenen Sanierungsstrategie von Schulhäusern - noch in die Gesamtkonzeption übernommen werden könne, könne er zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

III Abstimmung:

Keine Abstimmung

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



2. Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009: Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage für ein Stadtarchiv; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Abklärung aus rechtlicher Sicht bestätige die Zulässigkeit der Motion. Der Gemeinderat beantrage die Motion erheblich zu erklären. Der Gemeinderat gehe nämlich mit dem Motionär einig, dass die heutigen Verhältnisse bezüglich der Archivierung von Dokumenten und Kunstgegenständen in Langenthal nicht optimal gelöst seien. Dem Gemeinderat sei es aber wichtig festzustellen, dass die gesetzliche Aufbewahrungspflicht von Akten den geforderten Bestimmungen absolut entspreche.

Der Motionär beziehe sich auf historisch wertvolles Archivgut, für dessen fachgerechte Aufbewahrung geeignete Räumlichkeiten nur in ungenügender Art und Weise zur Verfügung stehen würden. Momentan seien an verschiedenen Orten (Löwenarchiv, Stadttheater, Verwaltungszentrum) Archivgüter untergebracht. Diese Räumlichkeiten würden den heutigen Anforderungen bezüglich ihrer Anordnung und Qualität nicht mehr entsprechen.

Der Gemeinderat habe in Anbetracht des grundsätzlichen Verständnisses für das Anliegen auf eine umfassende Abklärung und Darstellung der heutigen Situation verzichtet. Er sei sich auch der Dimension der Fragen bewusst, welche die aktuellen und für die Zukunft geeigneten erforderlichen Archivierungsanforderungen beinhalten würden. Auch wenn die Stadt ihr historisches Archiv "gewissenhaft" an die Stiftung zur Förderung wissenschaftlich-heimatkundlicher Forschung ausgelagert habe, wären zeitlich, personelle und finanzielle Komponente genau abzuklären und zu dokumentieren. Es gehe also nicht einzig um die Frage, wie viele geeignete Räume vorhanden sein sollten, sondern auch um die Frage einer geeigneten Bewirtschaftung und Dokumentation des Archivguts.

Im Vorstoss sei ein Problemkreis von nicht zu unterschätzender Dimension zu erkennen, denn billig werde das nicht. In Anbetracht der heutigen unbefriedigenden Situation werde das Begehren des Motionärs, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten, aber unterstützt.

Urs Zurlinden: Bereits an der ersten Sitzung einen Vorstoss einzureichen gehöre sich für ein Quereinsteiger und Stadtrats-Greenhorn eigentlich nicht, weil es anmassend, übermütig und fast ein bisschen frech sei. Wer aber jemals die Kellertreppe beim Löwen heruntergestiegen und durch die verschlungenen Gänge gegangen sei und hinter unscheinbaren Türen schliesslich das so genannte Stadtarchiv gefunden habe, müsse erschrecken. Er jedenfalls sei gewaltig erschrocken und habe seinen Augen nicht getraut, als er mit dem Stadtchronisten Simon Kuert in das Verliess gegangen sei und vor Ort gesehen habe, wo die Geschichte eingebuchtet sei. Als Langenthaler und als Historiker schäme er sich über das so genannte "Löwen-Archiv", das alles andere als ein würdiges Archiv für die historischen Wurzeln der Stadt sei.

Ohne die Begründung seiner Motion wiederholen zu wollen, sei er froh, dass sein Vorstoss beim Gemeinderat - welcher auch zum Schluss komme, dass der Umgang mit dem Archivgut nicht befriedigend sei - auf offene Ohren gestossen sei.

Das Archivgut der Stadt Langenthal sei überall ein bisschen und nirgends richtig aufbewahrt: Im Verwaltungsgebäude, im Löwen, in einem Zivilschutzkeller des Zwingli-Huus, beim Statthalter, in den Schulhäusern und zum Teil sogar bei Privatpersonen, was doch wohl nicht sein könne! Ausserdem bestehe zur Zeit keine fachgerechte Aufarbeitung dieses Archivmaterials. Damit bestehe die Gefahr, dass wertvolle Dokumente fortgeschmissen und im Altpapier landen können. Gemäss Aussage eines "Insiders" sei beim letzten Umzug der Stadtverwaltung tatsächlich Archivmaterial unkontrolliert weggeschmissen worden. Das tue weh und sei für eine Stadt wie Langenthal unwürdig. Es sei also höchste Zeit der Stadt Langenthal ein Archiv zu geben, das den Namen auch verdiene.



Wie Stadtpräsident Thomas Rufener bereits gesagt habe: "billig werde das nicht!" Er sei sich bewusst, dass vor allem der Betrieb eines solchen Archivs nebst dem Unterhalt für die Räumlichkeiten ziemlich viel Geld koste. Mit welchen Beträgen gerechnet werden müsse, werde letztlich im Stadtrat zu entscheiden sein. Als Anhaltspunkt - welcher aber selbstverständlich nicht 1:1 auf die Bedürfnisse und Verhältnisse in Langenthal zu übertragen sei - könne das Beispiel der Stadt Olten herangezogen werden: Die Stadt Olten mit rund 17'700 Einwohnenden (und somit etwas grösser als Langenthal) habe sich vor rund 6 Jahren ein neues Stadtarchiv, eingegliedert in ein neues Feuerwehr- und Zivilschutzgebäude, geleistet. Seines Wissens werde doch auch in Langenthal an einem Projekt für ein neues Feuerwehrmagazin gearbeitet. Nach Auskunft des Oltener Stadtschreibers Markus Dietler koste der Betrieb des Archivs rund Fr. 100'000.00 pro Jahr. Davon würden rund Fr. 65'000.00 auf die Besoldung und der Rest auf baulichen Unterhalt, auf Administration und auf Kosten für die fachgerechte Lagerung des Materials entfallen. Das Stadtarchiv Olten werde heute von einem pensionierten Kantilehrer im Pensum von 40% Stellenprozent geführt. Das Oltener Beispiel zeige, dass ein Stadtarchiv kein Ünding sei, aber etwas koste.

Die Geschichte von Langenthal sollte nicht mehr nur in einem schlecht beleuchteten und gar nicht belüfteten Keller versteckt werden. Aus diesem Grund gelte es die Motion zu unterstützen.

Luzia Bossard, SP/GL-Fraktion: Mit dem neuen Archiv-Gesetz des Kantons Bern¹, das ab Januar 2010 in Kraft treten werde, müsse der Kanton und die Gemeinden über geordnete, moderne Archive verfügen.

Die SP/GL-Fraktion wünsche sich für die Stadt Langenthal, dass das Archivgut einen gut zugänglichen, gemeinsamen und somit übersichtlichen Standort erhalte und stimme der Motion zu. Für die SP/GL-Fraktion sei es unbestritten, dass Langenthal ein Stadtarchiv unter einem einzigen Dach benötige. Der Gemeinderat sei nun gehalten verschiedene Standorte an Orten, wo so wie so gebaut oder umgebaut werde, rechtzeitig und sorgfältig zu prüfen.

Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion: Langenthals historische Vergangenheit und aktuelle Gegenwart soll für zukünftige Generationen kompetent verwaltet und erhalten werden, was durch eine möglichst überschaubare und funktionelle Archivierung gewährleistet werden könnte.

Mit dem momentanen IST-Zustand könne man wohl zufrieden sein, obwohl das Optimum noch nicht herausgeholt worden sei. Der Umstand, dass die Archivierung zur Zeit an verschiedenen Standorten stattfinde, erschwere es tatsächlich einen gewissenhaften Überblick zu behalten. Sämtliches Archivmaterial unter einem Dach zu beherbergen wäre sicher attraktiv und gewinnbringend.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze die Motion grundsätzlich, da sie mit dem Motionär einig gehe, dass ein zentrales Stadtarchiv - insbesondere für Historiker aber auch für die interessierte Bevölkerung - eine Bereicherung darstellen würde, weise aber darauf hin, dass eine solche Umsetzung mit Aufwand finanzieller sowie personeller Art verbunden sei, die nicht unterschätzt werden dürfe.

Um die Geschichte Langenthals unter einem Dach unterzubringen, sei ein durchdachtes und sorgfältiges Vorgehen (Planung) nötig. Es werde sich dann unweigerlich die Frage stellen, welche Schritte bei diesem Displacement notwendig seien und umgesetzt werden sollten.

¹ <http://www.be.ch/web/kanton-mediencenter-mm-detail?id=8509#dok>

<http://www.portalbackend.be.ch/public/media/DisplayFile.aspx?fileId=5416296529626804&linkId=558895619273810206&linkName=Archivgesetz%20des%20Kantons%20Bern>



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

Patric Opong, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion sei sich der Untragbarkeit der Archivräumlichkeiten beim Löwen bewusst und unterstütze die Motion einstimmig.

Er habe sich eigentlich persönlich von der Situation überzeugen wollen, habe aber nicht einmal den Zugang zum Archiv finden können.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Die Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009: Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage für ein Stadtarchiv wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



3. Motion Winzenried Timotheus (PNOS) vom 23. März 2009: Bewilligung von religiösen Bauten durch das Volk (Souverän); Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Zulässigkeit der Motion sei aus rechtlicher Sicht geprüft und grundsätzlich bestätigt worden.

Die ablehnende Haltung des Gemeinderates gegenüber der motionierten Forderung, dass "alle religiösen Bauten in Zukunft durch das Volk gutgeheissen werden sollen", basiere auf folgenden Gründen:

- Das Baugesetz (BauG) sehe in Art. 2 vor, dass Bauvorhaben zu bewilligen seien, welche den bau- und planungsrechtlichen Vorschriften entsprechen. Damit werde dargelegt, dass es sich bei der Erteilung von Baubewilligungen nicht um einen politischen Entscheid handeln könne, sondern, dass die einschlägigen Bestimmungen des Baugesetzes und des örtlichen Baureglementes massgebend dafür seien.
- Schon die Frage, welche Bauten kirchlich seien, wäre nicht einfach zu beantworten. Ginge es dabei um Bauten, welche kirchliche Symbole beinhalten oder würde es sich dabei um Bauten handeln, welche in Zusammenhang mit kirchlichen Aktivitäten gebracht werden könnten oder müssten, so wäre zum Beispiel ein Baubegehren für ein Vordach vor einem Kirchgemeindehaus künftig vom Volk zu beurteilen.
- Baubewilligungsverfahren in der Kompetenz des Volkes würden unverhältnismässige Verfahren voraussetzen.
- Mit Baubewilligungsverfahren in der Kompetenz des Volkes würde ein Sonderstatus für eine Art Bauten geschaffen, was aus Sicht des Gemeinderates nicht mit der übergeordneten Gesetzgebung zu vereinbaren wäre.

Aus diesen Gründen schlage der Gemeinderat dem Stadtrat einstimmig vor, die vorliegende Motion nicht erheblich zu erklären und das Begehren - auch im Falle der Wandelung der Motion in ein Postulat - nicht zu unterstützen.

Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: Die Geschäftsprüfungskommission habe die formelle Richtigkeit der Motion festgestellt und sie als Präsidentin ermächtigt, inhaltlich folgende Ausführungen darzulegen:

- Für die Erteilung von Baubewilligungen sollten weiterhin nur bau- und planungsrechtliche Aspekte beurteilt werden.
- Die Umsetzbarkeit des Begehrens und damit der Vollzug erscheine bezüglich der Frage, was als religiöse Baute gelte, problematisch.
- Im Sinne der Motion hätte das kürzlich erstellte Vordach der katholischen Kirche an der Talstrasse einer Volksabstimmung bedurft.
- Die Baubewilligungsverfahren sollten weiterhin ein reiner Verwaltungsakt bleiben.
- Die Geschäftsprüfungskommission wolle diesbezüglich keine Anpassung des Baureglements und teile den Standpunkt des Gemeinderates

Timotheus Winzenried, PNOS: Die Langenthalerinnen und Langenthaler seien sich nirgends so uneinig, wie beim Bau von kirchlichen Bauten. Er gebe zu, dass die Umsetzung nicht unproblematisch und mit Unklarheiten und Schwierigkeiten verbunden sei **und ziehe die Motion zurück.**



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

III Abstimmung:

Keine Abstimmung

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



4. Motion von Flüe Hanspeter (SP) und Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Renovation Stadttheater: Klärung der Rechtsform; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Mit der Motion werde der Gemeinderat freundlich aufgefordert, dem Stadtrat bis spätestens Ende 2009 verschiedene Varianten zur Rechtsform des Stadttheaters (Gebäude und Betrieb gesondert behandelt) mit Vor- und Nachteilen sowie mit einem entsprechenden Antrag zur Beratung und Abstimmung - gegebenenfalls mit den entsprechenden Unterlagen (Botschaft für eine Volksabstimmung) - zu unterbreiten. Auch seien bereits erteilte Aufträge für ein Renovationsprojekt bis zum Entscheid über die Rechtsform zu sistieren.

Die Renovation des Stadttheaters sei eine seit langem erklärte Zielsetzung und somit Fakt. Ein Projekt aus den 90-er Jahren sei vor einigen Jahren zwar noch überarbeitet, aber aufgrund der angespannten Finanzlage der Stadt laufend verschoben worden. Im Wissen um die Grössenordnung eines Sanierungsprojektes sei vor einigen Jahren eine Anfrage mit dem grundsätzlichen Begehren um eine finanzielle Unterstützung an die Adresse der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern gerichtet worden, welche für die Verwaltung des Lotteriefonds zuständig sei. Die finanzielle Unterstützung sei schriftlich in Aussicht gestellt worden, ohne damit eine Anforderung an die Form der eigentumsrechtlichen Zuständigkeit zu stellen.

Seit dem Jahr 2007 präsentiere sich durch den Verkauf der onyx-Aktien eine andere, finanziell nachhaltig verbesserte Ausgangslage. Der Gemeinderat habe zu diesem Zeitpunkt beabsichtigt, eine Ausgliederung in eine Stiftung näher zu prüfen. Aus diesem Grund seien die Fraktionen im November 2007 um ihre grundsätzliche Haltung zur Ausgliederung des Theater in eine Stiftung befragt worden. Die Rückmeldungen seien mehrheitlich positiv ausgefallen, worauf der Gemeinderat die Überführung des Theaters in eine Stiftung beschlossen habe. Um das Vorhaben zu begleiten und voranzutreiben sei dazu eine Arbeitsgruppe bezeichnet worden. Im Oktober 2008 sei der Gemeinderat von den zwischenzeitlich erfolgten Detailabklärungen, die in Zusammenarbeit mit Notar Bernhard Krummenacher erarbeitet worden seien, in Kenntnis gesetzt worden. Bezugnehmend auf die erkannten Gründe, welche in der vorliegenden Stellungnahme aufgelistet seien und in Kenntnis der nicht einfachen rechtlichen Komponenten, die mit der Ausgliederung in eine Stiftung verbunden wären sowie der zeitlichen Folgen, sei der Gemeinderat zum Schluss gelangt, das Stadttheater in seinem heutigen Rechtskleid zu sanieren und eine Stiftung allenfalls später wieder zu prüfen.

Wie im Bericht des Fachbereichs Recht vom 7. April 2009 hingewiesen, handle es sich bei der vorliegenden Motion inhaltlich um zwei verschiedene Anliegen: Nämlich um die Prüfung der Vor- und Nachteile verschiedener Varianten zur Rechtsform des Theaters und gestützt auf diese Abklärungen, um den Auftrag, dem Stadtrat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Somit werde, was den ersten Teil betreffe, eine Prüfung verlangt, die im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegen würde und zudem bereits erfolgt sei. Abgeleitet von eben diesen Prüfungen betreffend die Ausgliederung in eine Stiftung habe der Gemeinderat seine Konsequenzen gezogen und verfolge mit dem ans Stadtbauamt erteilten Sanierungsauftrag den nächsten fälligen Schritt. Der Gemeinderat habe sich nicht letztlich vom Gedanken einer Stiftung abgewendet, sondern verfolge mit seinem Entscheid eine Stossrichtung - nicht zuletzt auch im Umfeld der im letzten Herbst entstandenen Situation - die auf eine zeitlich vordringliche und organisatorisch bekannte Situation Rücksicht nehme.

Der Gemeinderat empfehle dem Stadtrat einstimmig, die Motion abzulehnen und das Anliegen auch bei einer allfälligen Wandlung in die Form eines Postulats nicht zu unterstützen.



Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: Die Geschäftsprüfungskommission bestätigt die formelle Richtigkeit der Motion.

Auch die Geschäftsprüfungskommission sehe den einen Teil der Motion, namentlich den Prüfungsauftrag der Rechtsform, die vom Gemeinderat bereits im Jahr 2007 überprüft worden sei, als erfüllt. Aufgrund verschiedener in den Akten nachlesbarer Faktoren, habe der Gemeinderat seinen Überführungsentscheid aus dem Jahre 2007 im Februar 2009 wiedererwogen und aufgehoben. Die Geschäftsprüfungskommission stehe hinter dieser Haltung und anerkenne die Problematik, die den Gemeinderat zu dieser Umkehrhaltung bewogen habe. Um den Fortgang des Sanierungsprozesses nicht zu gefährden, unterstütze die Geschäftsprüfungskommission diesen Entscheid. Zudem sei die Frage der Stiftung sei ja nicht für immer vom Tisch.

Die Geschäftsprüfungskommission würde sich freuen, wenn das Stadttheater dereinst zum 100. Geburtstag in neuem Glanz erstrahlen würde und empfehle dem Stadtrat dem Antrag des Gemeinderates auf Ablehnung des Vorstosses zuzustimmen.

Hanspeter von Flüe: Dem Gemeinderat sei für die zügige Behandlung der Motion und damit die Behandlung der Thematik bereits an der heutigen Sitzung gedankt.

Bei der Motion gehe es darum, die Rechtsform des Stadttheaters vor einer allfälligen Renovation im Stadtrat beraten zu lassen. Zum jetzigen Zeitpunkt gehe es somit nicht um die Frage: "Stiftung ja oder nein", sondern darum, ob der Stadtrat noch vor der Renovation des Stadttheaters Stellung nehmen könne und dies im Nachgang zur Parteienbefragung im Sommer 2007.

Mit der Motion soll eine zügige Renovation des Stadttheaters nicht verhindert werden. Es gehe einzig und allein darum, dem Stadtrat die Gelegenheit zu geben vor dem Projektstart zur Frage der Rechtsform Stellung zu nehmen. Die entsprechenden Abklärungen seien gemäss Grundlageakten ja bereits vorgenommen worden, womit das Geschäft praktisch verzugslos im Stadtrat behandelt werden könnte. Seit den 90-er Jahren bestehe bereits ein Renovationsprojekt, welches allerdings heute so nicht mehr umsetzbar sei. Das Renovationsprojekt sei also bereits 15 Jahre alt. Nach so langer Zeit ausgerechnet jetzt eine zeitliche Dringlichkeit geltend zu machen, erscheine weder realistisch noch zielführend.

Sollte der Stadtrat entscheiden, dem Stadttheater noch vor Renovationsbeginn eine andere Rechtsform als die bisherige zu geben, könnte sich dies auf die Finanzierung der Renovationsarbeiten auswirken, indem sich beispielsweise ausser der Stadt Langenthal weitere Geldgeber in Form von Stiftern oder in Form von anderen Beteiligungen finden liessen. Wenn die Rechtsform nicht vor Renovationsbeginn geklärt werde, stehe die Stadt als alleinige Finanziererin des Vorhabens da. Die Chance, dass sich andere daran beteiligen, wäre damit vertan.

In den Grundlageakten sei die Rede davon, dass bei einer Stiftung "konkrete finanzielle Vorteile gegenüber der heutigen Situation nicht ersichtlich seien", was erstaune. Werde die Frage der Klärung der Rechtsform erst nach den Renovationsarbeiten angegangen, wie dies der Gemeinderat vorsehe, liege die Finanzierung vollumfänglich bei der Stadt (abzüglich der versprochenen Gelder aus dem Lotteriefonds des Kantons). Weiter würde damit auch die Chance vergeben, weitere Beteiligte ins Boot zu holen. Bei möglichen Beteiligungen an den Kosten gehe es einerseits um eine Kostenverringerung für die Stadtkasse und andererseits um die Frage der Identifikation der Region mit ihrem Stadttheater. Beteiligung heisse dabei nicht zwingend Mitsprache oder Mitwirkung beim Projekt. Beteiligung heisse in dieser Beziehung aber Identifikation mit der Institution. Mögliche Beteiligte in diesem Sinne des Wortes wären Gemeinden der Region (auch ausserhalb des Kantons Bern, da rund 80% der Theaterbesucher von auswärts kommen), regionale Firmen und Private.



Der vom Gemeinderat vorgeschlagene Alleingang - ohne auch nur den Versuch unternommen zu haben Partner zu beteiligen - wäre vor dem onyx-Geldsegen nicht einmal in den kühnsten Träumen vorstellbar gewesen. Die Stadt sei auch kommenden Generationen gegenüber verpflichtet, zum finanziellen Wohlergehen beizutragen. Indem aufgrund des grossen städtischen Eigenkapitals solch grosse Vorhaben einfach völlig isoliert durchgezogen werden sollen, werde dieser Pflicht nicht oder nur in ungenügendem Mass nachgekommen.

Mit Fundraising, einem speziellen Geschäft, das professionellen Fundraisern übergeben werden müsse, liessen sich auch in der heutigen Zeit Beteiligte finden. Es könne nicht sein, dass diese Aufgaben vom Gemeinderat oder vom Stadtpräsidenten persönlich wahrgenommen werden müssen. Wichtig dabei sei, dass sich die Exponenten der Stadt von den Profis zur Kontaktpflege und als Identifikationsfiguren engagieren lassen. In diesem Bereich wäre es vielleicht sinnvoll, einige Franken einzusetzen, um einer im Kultursponsoring spezialisierten Fundraising-Firma den Auftrag für ein Konzept bzw. für die Durchführung des Fundraisings zu erteilen. Eigenartigerweise sei im Bereich von Bauprojekten das Vorgehen (zu recht) schon jetzt völlig unbestritten, externe Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Im Bereich der Finanzierung und der Formierung der Trägerschaft scheine dieses Bewusstsein im Gemeinderat aber noch nicht gewachsen zu sein.

Das Stadttheater sei ein Prestigeobjekt. Für Prestigeobjekte würden sich - auch in der heutigen Zeit - Sponsoren finden lassen, wenn man es professionell angehe. Die gleichen Überlegungen sei für die Besetzung eines Stiftungsrates anzustellen. Gemäss den Grundlageakten habe offenbar kein Stiftungsrat besetzt werden können. Der Gemeinderat habe am 28. November 2007 beschlossen, den Stadtpräsidenten unter Anderem mit der Kontaktaufnahme möglicher Stiftungsrätinnen und Stiftungsräten beauftragt. Mit sicherlich besseren Erfolgsaussichten hätte man auch dieses Unterfangen einer spezialisierten Firma übergeben sollen.

Das Stadttheater Langenthal habe eine regionale Bedeutung. Die ganze Region sei mit der Institution Stadttheater verbunden. Wenn die vorher jahrzehntelang von Finanzsorgen geplagte Stadt Langenthal die Renovation des Theaters nun in Eigenregie und im Alleingang an die Hand nehmen wolle, sende dies bestimmte Signale aus. In diesem Zusammenhang würden sich unter Anderem folgende Fragen stellen:

- Soll der Eindruck entstehen, dass das "reiche" Langenthal die Unterstützung der umliegenden Gemeinden und die der Wirtschaft der Region nicht (mehr) nötig habe?
- Will damit der Eindruck erweckt werden, dass Langenthal die umliegenden Gemeinden, welche den Betrieb des Theaters über die Regionale Kultur-Konferenz (RKK) mitfinanzieren, von der Mitwirkung an der Renovation einfach ausschliessen wolle?
- Soll der Eindruck erweckt werden, dass Langenthal auf Renovationsbeiträge Dritter verzichten könne und wolle, obwohl mehr als 4/5 der Stadttheaterbesuchenden von auswärts kommen?
- Welche Auswirkung hätte diese Haltung in Bezug auf die Finanzierung weiterer Projekte mit regionaler Bedeutung?
- Will der Eindruck erweckt werden, dass die Stadt für den Betrieb des Stadttheaters die Unterstützung durch Sponsoren nicht nötig habe?

Andere Stadttheater vergleichbarer Grösse aber in anderer Rechtsform würden einen beträchtlichen Teil ihres Etats mit Sponsoringeinnahmen finanzieren. Dementsprechend fraglich sei, ob es eine Firma geben würde, die mit einem Sponsoringbetrag einen Gemeindebetrieb unterstützen würde? Aus diesem Grund sei es für ihn mindestens erstaunlich, in den Grundlageakten zu lesen, dass die unmittelbaren operativen Vorteile einer neuen Rechtsform nicht augenfällig seien; insbesondere deshalb nicht, weil mit dem neuen Theaterleiter, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger nun mit einem 50% Mandat angestellt sei, auch zusätzliche Personalkosten anfallen würden, die bisher noch nicht durch zusätzliche Einnahmen hätten gedeckt werden können. Will und kann sich die Stadt Langenthal das einfach leisten?



Insgesamt schlage der Gemeinderat mit der Favorisierung des finanziellen Alleingangs eine Lösung vor, die vor dem Erhalt der onyx-Gelder weder denk- noch durchführbar gewesen wäre. Er selber habe das Renovationsprojekt des Stadttheaters in der Investitionsplanung 6 Mal aus finanziellen Gründen verschieben müssen. Jetzt scheine es plötzlich zu drängen. Will sich der Stadtrat diesem - seines Erachtens - künstlich erzeugten Zeitdruck beugen?

Mit einem sofortigen Start des Projektes "Renovation Stadttheater" könnte das lokale Gewerbe in der schwierigen Zeit nicht unterstützt werden. Verschiedenste volkswirtschaftliche Theorien würden belegen, dass so genannte antizyklische staatliche Investitionen praktisch immer zu spät kommen und erst dann greifen würden, wenn die Wirtschaft bereits wieder im Aufwärtstrend begriffen sei und damit zyklisch wirken. Ein solches staatliches Investitionsprogramm hätte allenfalls etwas nützen können, wenn es vor drei Jahren ausgelöst worden wäre. Dannzumal sei die Krise bzw. deren Ausmass aber noch nicht absehbar gewesen. Wenn mit der Projektierung der Renovation jetzt begonnen würde, könnten erste Aufträge (abgesehen von Projektierungsaufträgen) frühestens für die Jahre 2011 oder 2012 ausgelöst werden. Die Sanierung dürfte demnach voraussichtlich im Jahr 2016 abgeschlossen sein.

Fraglich sei zudem auch, ob das lokale Gewerbe überhaupt in spürbarem Ausmass von der Renovation des Stadttheaters profitieren könnte? Dies aus dem Grund, dass es in Langenthal kein Architekturbüro gebe, das auf Theaterrenovationen spezialisiert sei. In Langenthal gebe es auch keine Spezialfirma für Bühnentechnik oder einen Spezialisten für den Brandschutz in Theatern. Wie schwierig und anspruchsvoll offenbar schon nur die Installation eines Treppenlifts in einem Theater sein könne, sei mit der Beantwortung der Treppenlift-Interpellation von Nadine Masshardt eindrücklich belegt worden. In diesem Zusammenhang von einem städtischen Wirtschaftsimpulsprogramm zu sprechen - wie dies den Grundlageakten zu entnehmen sei - sei zwar nicht grundlegend falsch. Nichts desto Trotz sei es jedoch illusorisch zu meinen, dass ein solches Programm das lokale Gewerbe in schwierigen Zeiten innert kurzer Frist unterstützen würde.

Als Sprecher der Motionäre bitte er die vorgebrachten Argumente zu würdigen und die vorliegende Motion zu unterstützen.

Als Sprecher der SP/GL-Fraktion halte er fest, dass der Gemeinderat mit seinem Entscheid - vorläufig auf eine Stiftungsgründung und damit auf eine breite Trägerschaft zu verzichten - völlig am politischen Willen vorbeigehe. In der SP/GL-Fraktion stosse man sich auch an der Art wie der Gemeinderat über das Geschäft kommuniziert bzw. nicht kommuniziert habe. Die SP/GL-Fraktion werde die Motion grossmehrheitlich unterstützen.

Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion: Das Stadttheater Langenthal sei ein regionales Aushängeschild mit einem hoch stehenden kulturellen Angebot. Leider könne der Zustand des Gebäudes nicht mehr mit der künstlerischen Qualität mithalten. Die letzte Innenrenovation liege nahezu 60 Jahre zurück. 1983 sei das Stadttheater äusserlich neu bekleidet worden. Seit 1992 hoffe das Stadttheater Langenthal auf eine Innenrenovation, welche bis heute nicht habe umgesetzt werden können. Diese Renovation sei nun mit höchster Priorität anzugehen.

Die EVP/glp-Fraktion teile die Meinung des Gemeinderates, dass zuerst die Sanierung durchgeführt und die Stiftungsidee zu einem späteren Zeitpunkt thematisiert werden sollte. Eine sofortige Umwandlung in eine Stiftung würde hinsichtlich der Renovation keine Vorteile bringen. Erwähnenswert sei auch, dass die kantonalen Finanzierungsbeiträge, ebenso diejenigen des Lotteriefonds nicht von der Rechtsstruktur abhängen. Die EVP/glp-Fraktion unterstütze eine baldige Realisierung des Sanierungsplanes. Im Jahr 2016 sollte das Stadttheater sein 100-jähriges Jubiläum mit neuer Ausstattung feiern dürfen.

Würde der Motion beigeplichtet, müssten die Renovationspläne bis auf Weiteres auf Eis gelegt werden und der Gemeinderat wäre in seiner wohldurchdachten Planung für unbestimmte Zeit blockiert. Auch eine allfällige notwendige Volksabstimmung könnte das Ganze auf Jahre hin beeinträchtigen.



Der EVP/glp-Fraktion liege die Zukunft des Stadttheaters am Herzen. Zu Gunsten des Stadttheaters und der Langenthaler Kultur gelte es nun von einer Recherchen-Schreibtschararbeit abzusehen und die Umsetzung der Sanierung in Angriff zu nehmen. Die EVP/glp-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderates auf Nichterheblicherklärung.

Florinda Wallkamm-Mauricio, FDP/jll-Fraktion: Gut 50 Jahre sei es her, dass der Innenraum des Stadttheaters saniert worden sei. Die Anforderung an den Betrieb sowie die feuerpolizeilichen Auflagen hätten sich mittlerweile komplett geändert, so dass allen klar sei, dass eine Sanierung möglichst bald an die Hand genommen werden sollte.

Der FDP/jll-Fraktion gehe es nicht darum, die Sanierung zu verzögern oder gar zu verhindern. Das Vorhaben werde aber Unsummen kosten und erfordere eine minutiöse Planung. Damit sei die Befürchtung, dass die dafür erforderlichen Mittel vom Souverän nicht genehmigt werden könnten, nicht aus der Luft gegriffen. Auch das Sanierungsprojekt der alten Mühle habe die Hürde der Volksabstimmung erst im zweiten Anlauf geschafft. In diesem Licht gesehen, möchte die FDP/jll-Fraktion sicherstellen, dass das Projekt Stadttheater sowohl beim Volk als auch in Wirtschaftskreisen gut verankert werde. Nicht zuletzt könnten damit - trotz der onyx-Gelder - finanzielle Zuwendungen Dritter möglich werden.

Die heutige Rechtsform lasse solche Überlegungen kaum zu. Die Stadt würde die alleinige Verantwortung für die Finanzierung sowie für den Umbau tragen. Dazu komme, dass dem Gemeinderat ganz klar der politische Wille fehle, die im Jahre 2005 begonnenen Überlegungen und die im Jahr 2007 beschlossenen Veränderungen umzusetzen. Die FDP/jll-Fraktion bedaure, dass der Gemeinderat seinen Beschluss vom November 2007, das Stadttheater in eine Stiftung zu überführen, aufgehoben habe.

Unter Anderem sei es der FDP/jll-Fraktion wichtig, dass sich Fachspezialisten um die Planung der Sanierung des Stadttheaters kümmern. Aufgrund gesammelter Erfahrungen bei der Gründung der Stiftung "Alte Mühle" sei man in der Fraktion auch der Meinung, dass der Stiftungsrat so hätte zusammengesetzt werden können, damit eine fachlich optimale Projektbegleitung stattgefunden hätte.

Die Mehrheit der FDP/jll-Fraktion werde den Vorstoss unterstützen. Die Minderheit teile zwar die Bedenken der Motionäre, befürchte jedoch, das Projekt damit zeitlich zu verzögern.

Roland Christen, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion stehe geschlossen hinter der Meinung des Gemeinderates und werde die Motion ablehnen.

Rudolf Lanz: Es handle sich schon um etwas Aussergewöhnliches und Wichtiges, wenn ein Vertreter der SP und einer der FDP eine gemeinsame Motion einreichen.

Als Motionär wolle er:

- künftig ein Stadttheater, das sich als Bijou in der Region präsentiere und Zeugnis vom kulturellen Wert des Oberaargaus ablegen könne
- ein Stadttheater, das auf eine breite Zustimmung der Bevölkerung der Region zählen dürfe
- eine Planung und Umsetzung der zweifellos notwendigen Sanierung, die
 - professionell ausgeführt werde,
 - kompetent und richtig wahrgenommen werde,
 - deren Finanzierung geklärt sei,
 - bei einer allfälligen Volksabstimmung gute Chancen habe.

Folgende Argumente würden für eine Prüfung der Rechtsform sprechen:

- Weder der Betrieb noch der Umbau des bestehenden Theaters sei zwingend eine nicht delegierbare Aufgabe der öffentlichen Hand. Es gebe Beispiele genug die zeigen, dass alle Belange rund um den Bau, den Betrieb und die Finanzierung von kulturellen Institutionen durch eine Stiftung besser abgedeckt werden könnten.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

- Der Gemeinderat sei mit dem runden Tisch und der Anregung, das Theater in eine Stiftung auszugliedern auf mehrheitliche Zustimmung bei den Parteien und den politischen Meinungsträgern gestossen. Die Gründe, diese Option plötzlich abzubrechen, seien weder ersichtlich noch nachvollziehbar.
- Langenthal sei finanziell gesund und verfüge über ein starkes Eigenkapital. Trotzdem sollte man sich nicht verleiten lassen voreilige Schritte zu tun oder etwas zu unterlassen, was ein jeder guter Kaufmann tue, nämlich:
 1. Bedürfnisabklärung (was soll erreicht werden, wer soll einbezogen werden?)
 2. Festlegung von Prioritäten
 3. Abklärung des Finanzbedarfs und Sicherstellung der notwendigen Finanzierung
 4. Abklärung geeigneter Rechtsform
 5. Zuordnung von Verantwortung und Kompetenzen und Übertragung des Projektes an kompetente und professionelle Organe.
- Da nun schon Jahre mit der Renovation zugewartet worden sei, sei jetzt zeitlich keine Dringlichkeit geboten. Wichtige und nötige Hausaufgaben mit dem Hinweis auf konjunkturelle Gründe nicht zu machen, wäre ein Fehler.

Er bittet um Zustimmung zur Motion.

Urs Masshardt: Führungspsychologisch sei es wichtig, dem Rat die Möglichkeit zu geben bei der Rechtsformfrage mitzuwirken, womit unter Anderem auch ein positiver Identifikationseffekt verbunden wäre. Um Antworten auf die offenen monetären und zeitlichen Fragen zu erhalten, gelte es die Motion erheblich zu erklären.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Zu einigen Aussagen von Stadtrat Hanspeter von Flüe (Motionär), halte er fest:

- Aussage betreffend die Art der Kommunikation
Anlässlich der Stadtratssitzung am 23. März 2009 sei vom Gemeinderat umfassend über die "Strategie Stadttheater" orientiert worden.
- Aussage betreffend den mehrmaligen Aufschub von Investitionen beim Stadttheater
Die angespannte finanzielle Lage vor dem Fluss der onyx-Gelder habe nicht nur Investitionen des Stadttheaters betroffen. Seit dem Jahre 2005 habe Langenthal bereits einige Deblockierungen erlebt.

Die Idee, das Theater in eine Stiftung zu überführen, einen Stiftungsrat einzusetzen und dann zu planen, sei auch von ihm getragen worden. Seit aber das Ergebnis der Risikobeurteilung vorliege, sei diese Variante nicht mehr so klar. Die Rechtsform der Stiftung biete nämlich keine Gewähr, dass die Sacheinlagen und die nötigen Kredite einfach übertragen werden könnten. Nicht vergessen werden dürfe zudem, dass auch das, was der Stadtrat ausarbeite, politisch bestehen müsse.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 19 Stimmen Ja gegen 14 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):

1. **Die Motion von Flüe Hanspeter (SP) und Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Renovation Stadttheater: Klärung der Rechtsform wird erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



5. Postulat Scheibli Nathalie (SP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009: Prüfung der Entsorgung von Glas, Alu und Weissblech im Rahmen der Müllabfuhr anstelle der Sammlung in Wertstoffsammelstellen; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Christine Bobst: Der Gemeinderat bekenne sich zum vom Stadtrat am 15./29. Mai 2006 genehmigten Gesamtkonzept "Erneuerung der Separatsammelstellen Wertstoffe" und halte an diesem fest. Die Installation bzw. der Bau von unterirdischen Wertstoffsammelstellen sei zugegebenermassen mit einem gewissen Einspracherisiko verbunden. Demgegenüber würden unterirdische Sammelstellen aber den Vorteil haben, nahezu lärm- und geruchsfrei zu sein.

Bis anhin könnte lediglich die Stadt Biel als Referenz für das im Postulat thematisierte Wertstoffsammelsystem herangezogen werden. Der Gemeinderat erachte diese eine Referenz als nicht ausreichend, um vom bereits genehmigten und zu aller Zufriedenheit funktionierenden System abzuweichen und beantrage die Nichterheblicherklärung des Postulats.

Nathalie Scheibli: Auch sie habe am 15./29. Mai 2006 der Umstellung auf unterirdische Wertstoffsammelstellen und dem damit verbundenen Rahmenkredit von Fr. 400'000.00 zugestimmt. Von dieser sauberen und modernen Entsorgungsform sei sie auch noch heute überzeugt.

Dass die Umstellung auf unterirdische Sammelstellen jedoch mit so vielen Schwierigkeiten verbunden sei, habe man damals vermutlich nicht bedacht. Bis heute sei lediglich eine unterirdische Sammelstelle gebaut worden. Wenn man nun an den Neubau der Heilpädagogischen Tagesschule und an die Veränderungen im Krippensträsschen denke, so dürfte auch dieser Standort nicht mehr ganz unbestritten sein.

Das Beispiel der Stadt Biel, welche in dieser Angelegenheit einen anderen Weg gehe, habe sie zur Eingabe des Postulats veranlasst. Sie habe nicht erwartet, dass schon vor dem Antrag über die Erheblicherklärung des Vorstosses so detailliertes Grundlagenmaterial vorliege, worin die Kostensteigerung für das Bieler Modell sowie eine nachvollziehbare Argumentation für das unterirdische System aufgezeigt werde.

In Anbetracht der bereits getroffenen Abklärungen, müsste das Postulat eigentlich erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben werden. Weshalb der Gemeinderat dem Stadtrat nicht dieses Vorgehen beantrage, stelle die SP/GL-Fraktion vor ein Rätsel.

Aufgrund der vorliegenden Unterlagen erachte sie den Prüfungsauftrag bereits als erfüllt. Sie sehe keinen Grund, über das Geschäft noch abzustimmen und **ziehe das Postulat deshalb zurück.**

Im Sinne einer Empfehlung verweise sie auf die Homepage der Stadt Biel. Die Seiten betreffend die Abfallsorgung¹ seien sehr informativ. Für die Stadt Langenthal wünsche sie sich, dass wirklich geeignete Standorte für die unterirdischen Sammelstellen gefunden werden können und der Widerstand der Bevölkerung möglichst gering ausfalle.

III Abstimmung:

Keine Abstimmung

¹ <http://www.biel.ch/ww/de/pub/wohneninbiel/wohnen/kehrrechtsammeldienst.cfm>



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



6. Postulat Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009: Prüfung eines Impulsprogramms zur Stützung der Wirtschaft unter dem Begriff "Green Deal"; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Unter dem Begriff "Green Deal" würden sowohl ökonomisch als auch ökologisch nachhaltige Investitionsprogramme verstanden. Der Gemeinderat setze sich mit dem Thema der Nachhaltigkeit im Rahmen der Ausarbeitung der Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009 - 2012 bereits aktiv auseinander. Die Legislaturplanung 2009 - 2012, welche diverse Aktivitäten und Projekte im Sinne des Postulats beinhalten würden, sei im Abschluss begriffen.

Der Gemeinderat erachte den Prüfungsauftrag im Sinne des Postulats bereits als erfüllt und beantrage die Erheblicherklärung des Postulats mit gleichzeitiger Abschreibung.

Mit der Planung von energiebezogenen Sanierungen der Volksschulgebäude würden namentlich im Bereich der Schule bereits Aktivitäten laufen, die unter den Begriff "Green Deal" fallen würden. Der Gemeinderat habe die Ausarbeitung dieses Sanierungskonzeptes bzw. -Projektes bereits in Auftrag gegeben, so dass der Stadtrat voraussichtlich noch dieses Jahr zu Händen der Volksabstimmung darüber befinden könne.

Urs Zurlinden: Weil er jemand sei, der sich weder besonders gern reden höre noch unbedingt Recht bekommen müsse, habe er zu seinem Vorstoss eigentlich gar nichts sagen bzw. einfach nur zur Kenntnis nehmen wollen, dass der Gemeinderat hinter dem Postulat stehe. Dass das Postulat mit der Erheblicherklärung aber gleichzeitig abgeschrieben werden soll, steche ihm in die Nase.

Dass die Stadt schon viel in Richtung nachhaltige Entwicklung tue, habe schon dem Bericht der letzten Legislatur entnommen werden können und sei mit dem Entscheid des Gemeinderates vom 18. März 2009, einen Strategiewechsel bei der Sanierung von Schulhäusern einzuleiten, bestätigt worden. Auch das Bekenntnis zur nachhaltigen Entwicklung als wirtschaftspolitische Maxime in den Regierungsrichtlinien würde dazu gehören.

Es gebe diverse Projekte und Vorstösse für künftige Projekte, die dem Stichwort "Green Deal" absolut entsprechen. Die Ausgangslage sei also gegeben und die Stossrichtung stimme. Er sei froh, dass das Postulat unterstützt werde und gebe zu, dass es auch abgeschrieben werden könnte. Aber,

- wenn eine Stadt wie Langenthal sich schon vorbildlich verhalte,
- wenn die Stadtbehörde schon gemerkt habe, dass ein Strategiewechsel zu nachhaltigem Handeln nötig sei,
- und da es schon Investitionsprojekte gebe, die dem Impuls im Sinne von "Green Deal" entsprechen, dürfe das nach dem simplen Motto: *"tue Gutes und sprich darüber!"* auch erwähnt werden. Wenn die anstehenden Investitionsprojekte - auch im Sinne einer erwünschten Schwerpunktsetzung - in einem Impulsprogramm zusammengefasst würden, würde gegen aussen dokumentiert, dass sich diese Stadt um die Sorgen der lokalen und regionalen Wirtschaft und um die der Bevölkerung kümmere.

Mit einer kleinen Umbenennung oder Begriffsänderung: Impulsprogramm anstatt Investitionsprogramm könnte sehr viel Goodwill geschaffen werden und der damit mögliche Paradigmawechsel würde der Stadt sehr gut anstehen. Auch wären entsprechende Korrekturen möglich, falls - das als ein Nebeneffekt - das Investitionsprogramm für die neue Legislatur zuwenig auf die nachhaltige Entwicklung fokussiert wäre.

Dass sich der Gemeinderat in den Regierungsrichtlinien der nachhaltigen Entwicklung verpflichte, nütze wenig bis nichts, wenn der Begriff nicht von allen Instanzen inklusive der Bevölkerung wahrgenommen werden könne. Erst wenn das Bewusstsein vorhanden sei, werde ein Umdenken tatsächlich möglich.



Mit der Aussage im Schlusssatz des Mitberichts des Stadtbaumeisters zu diesem Geschäft *"Es sollten alle Kräfte verwendet werden, die bereits vorhandenen Projekte voranzutreiben."* sei er einverstanden. Er sehe jedoch nicht ein, warum das von ihm verlangte Impulsprogramm zusätzliche Kräfte absorbieren bzw. sogar als Bremsklotz wirken soll. Im Gegenteil. Ein Impulsprogramm gebe, wie der Name sage, Impulse etwas voranzutreiben und um bestehende und künftige Projekte auf einen Schlitten zu packen und mit den nötigen Impulsen klug durch die Instanzen zu steuern. Obwohl der Begriff "Green Deal" auch nur ein Schlagwort sei, beinhalte er eine Denkart, die absolut zeitgemäss sei und einer Stadt wie Langenthal mit dem Label "Energiestadt" vollumfänglich entsprechen dürfe.

Wie bereits erwähnt, freue er sich über die Annahme des Postulats, finde aber, dass mit der gleichzeitigen Abschreibung ein Schritt zurück gemacht würde. Allen dürfte klar sein, dass Langenthal die Weltwirtschaftskrise nicht mit einem Impulsprogramm überwinden könne. Trotzdem sollten die Hände nicht einfach in den Schoss gelegt werden. Auch sollte niemand, der etwas Gutes vorzuweisen habe, tief stapeln. Aus diesen Gründen bitte er die Erheblicherklärung des Postulats zu unterstützen und auf die gleichzeitige Abschreibung zu verzichten.

Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion: Die beiden Themen "Wirtschaftskrise" und "Klimakrise" miteinander zu verbinden, sei eine reizvolle Idee. Damit könnten zwei Fliegen auf einen Schlag erledigt werden: Die Wirtschaft würde hochwillkommene Aufträge erhalten womit gleichzeitig der laufenden Klimaerwärmung entgegengewirkt werden könnte. Wer die Inhalte des Postulats aber genauer unter die Lupe nehme, stelle fest dass:

1. einzelne vorgeschlagene Massnahmen des Impulsprogrammes mit dem Allerweltstitel "Green Deal" gar nicht in die Zuständigkeit der Stadt Langenthal fallen,
2. der Rest der Vorschläge im Rahmen der Energiestadt Langenthal bzw. aufgrund von überwiesenen Vorstössen bereits umgesetzt werden.

Der Postulant schlage vor (Punkt 1.), die Wässermatten umfassend in Stand zu stellen bzw. den Langetenlauf zu renaturieren. Diese Anliegen würden entweder in den Kompetenzbereich der Wässermattenstiftung oder des Hochwasserschutzverbandes unteres Langetental fallen und seien im Falle der Renaturierung der Langeten technisch nicht einfach durchzuführen.

Was Punkt 2. betreffe, gelte festzuhalten, dass energiesparende Gebäudesanierungen von der Stadt Langenthal beim früheren KV-Schulhaus bereits umgesetzt worden seien. Dies werde sicher auch für künftige Sanierungen öffentlicher Gebäude gelten. Zudem würden jedem Hausbesitzer kantonale Fördermittel zur Verfügung stehen, die beispielsweise für Gebäudesanierungen nach Minergiestandards beantragt werden können. Mit dem zukünftigen kantonalen Energiesgesetz sollte dieser Bereich im Übrigen verstärkt werden. Schliesslich sei seine Motion¹ mit ähnlicher Stossrichtung am 15. Dezember 2008 als Postulat überwiesen worden. Und der Viertelstundentakt für den öffentlichen Verkehr werde aufgrund eines FDP/jll-Vorstosses² auch bereits weiterverfolgt.

Die EVP/glp-Fraktion frage sich, wo der Postulant weitere Ideen oder Massnahmen sehe. Obwohl die Idee eines "Green Deals" offene Türen einrenne und klar unterstützt werden müsse, vertrete die EVP/glp-Fraktion die Meinung, dass Langenthal als Energiestadt in diesem Bereich die Hausaufgaben gut mache und demnach aus dem Postulat kein erkennbarer Mehrwert erwachsen würde. Die EVP/glp-Fraktion unterstütze deshalb die vorgeschlagene Erheblicherklärung mit gleichzeitiger Abschreibung.

¹ Postulat (umgewandelte Motion) Steiner Daniel (EVP) vom 18. August 2008 betreffend Förderbeiträge an Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger; erheblich erklärt am 15. Dezember 2008

² Postulat (ungewandelte Motion) Lüthi Beatrice (FDP) und Mitunterzeichnende vom 17. März 2008 betreffend "Ortsbus Langenthal im Viertelstundentakt"; erheblich erklärt am 30. Juni 2008



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

Reto Müller, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion habe die Antwort des Gemeinderates mit Spannung erwartet. Man habe sich in der Fraktion gefragt, was passiere, wenn dem Gemeinderat eine planerische Programmforderung in Form eines Postulats vorgelegt werde, welches inhaltlich eigentlich einer Richtlinienmotion entsprechen würde, die es einerseits ja aber gar nicht gebe, weil das Parlament eine solche nicht gewollt habe und andererseits, weil das Postulat nur Ideen enthalte, die durch das Parlament bereits angenommen oder abgelehnt worden seien.

Die Stellungnahme des Gemeinderates entspreche zu etwa 75% den Ideen der SP/GL-Fraktion, die grundsätzlich "keynesianisch" denke und somit antizyklische Wirtschaftsprogramme stütze. Der Antrag des Gemeinderates den Vorstoss erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben, sei zwar logisch, werde der Idee eines echten neuen "Green Deals" an und für sich aber nicht gerecht.

Die SP/GL-Fraktion werde das Gefühl nicht los, dass der Postulant sich im politischen Hype um New Social & Green Deals auf nationaler Ebene ein wenig mit dem Namen und mit "alten Ideen in einer neuen Büchse" habe lokal labeln wollen, was den Gerüchten Auftrieb verleihe, dass er mal ein Mitglied der Grünen Langenthal gewesen sei. Abgesehen davon sei man sich in der SP/GL-Fraktion natürlich grundsätzlich im Klaren darüber, dass der Gemeinderat sich überlegt habe, in wie fern neue soziale oder grüne Geschäfte angegangen werden könnten, die der Gemeinschaft und der Wirtschaft in der heutigen Lage dienen. In dieser Richtung erwarte die SP/GL-Fraktion in den Legislaturzielen des Gemeinderates auch klare neue Impulse zu finden. Insbesondere aus dem Ressort von Gemeinderätin Christine Bobst hoffe man auf zahlreiche neue "grüne" Ideen, bei deren Umsetzung die SP/GL-Fraktion bestimmt gerne mithelfe.

Die SP/GL-Fraktion wolle zudem, dass nun bald all die überwiesenen Vorstösse - angefangen beim scheinbar kleinen AquaClick bis hin zu den grossen programmatischen Energie-Sanierungs-Förderungs-massnahmen-Möglichkeiten - angegangen und umgesetzt werden.

Die SP/GL-Fraktion unterstütze die Erheblicherklärung des Postulat ohne gleichzeitige Abschreibung. Ob es nun unter dem Begriff "Green" oder "whatever Deal" auch immer laufe, sei nicht wichtig. Wichtig dagegen sei, dass es in der Hauptsache den Menschen und der Wirtschaft diene.

Urs Zurlinden: Die Lieferung von weitere Ideen oder Massnahmen für eine pfannenfertige Impulsprogramm-Vorlage gehöre nicht zu seinem Aufgabenbereich. Auch habe er mit der An- und Verwendung des international gängigen Begriffs "Green Deal" nichts zu tun. Nichts desto Trotz **stelle er den Antrag, das Postulat ohne gleichzeitige Abschreibung erheblich zu erklären.**

Stadtpräsident Thomas Rufener: Verweist auf das Beispiel des Paradigmawechsels bei Schulbauten, für welchen der Bedarf an Ressourcen gross sei. In der Verwaltung würden bereits weitere Programme in diesem Rahmen und im Sinne des Postulats laufen. Die von Stadtrat Urs Zurlinden erwähnte Weisheit "*tue Gutes und sprich darüber*" habe ihre Richtigkeit, sei aber sehr arbeitsintensiv.

Stadtratspräsident Daniel Rüeegg ordnet an, den Antrag des Gemeinderates (Erheblicherklärung mit gleichzeitiger Abschreibung) dem Antrag von Stadtrat Urs Zurlinden (Erheblicherklärung ohne gleichzeitige Abschreibung) gegenüberzustellen und bittet um Abgabe der Stimme:

■ Antrag des Gemeinderates (mit Abschreibung)	14 Stimmen	
■ Antrag von Stadtrat Urs Zurlinden (ohne Abschreibung)	21 Stimmen	angenommen
■ Enthaltungen	0 Stimmen	



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 29 Stimmen Ja gegen 6 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009: Prüfung eines Impulsprogramms zur Stützung der Wirtschaft unter dem Begriff "Green Deal" wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



7. Postulat Steiner Daniel (EVP) vom 2. Februar 2009: Prüfung der Einführung eines SMS-Reminder-Services; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Zur Zeit werde am Redesign des städtischen Internetauftritts gearbeitet. Prioritär gehe es darum die künftigen Daten objektorientiert in einer modularen Grundstruktur zu organisieren und zu erfassen. In zweiter Priorität finde dann die Übernahme der aktualisierten Daten sowie der Ausbau des bürgernahen Angebots (Online-Schalter; i-Payment, interaktiver Ortsplan etc.) in das grafisch überarbeitete neue Design statt. Ziel sei es, den neuen Internetauftritt Ende 2009 aufschalten zu können.

Die Aufnahme eines SMS-Reminderservices sei im Rahmen der Redesigns nicht thematisiert worden. Da der Internetauftritt künftig aber modular aufgebaut sein werde, würde sich dieses Zusatzmodul relativ einfach installieren lassen. Eine nähere Prüfung des Reminderservices habe demnach noch nicht stattgefunden, werde aber, wenn der Rat der Erheblicherklärung des vorliegenden Postulats zustimme, in Auftrag gegeben. Das selbe gelte übrigens auch für den von Stadträtin Anita Steiner-Thaler mit Postulat vom 23. März 2009 eingebrachten Prüfungsauftrag zur Attraktivierung des Webauftritts des Stadttheaters.

Daniel Steiner: Er habe heute Nachmittag bei der Stadt Olten die Probe auf's Exempel gemacht und sich für den SMS-Reminder-Service angemeldet. Nachdem er auf der städtischen Website seine Handynummer eingegeben habe, habe er blitzschnell eine SMS mit einem persönlichen Passwort erhalten. Anschliessend habe er auf den SMS-Reminder-Dienst zugreifen können. Auf der Benutzeroberfläche würden verschiedene Dienste zur Auswahl stehen. In Zukunft würde er beispielsweise vorgängig zu Papier- oder Kartonsammlungen mit einer kurzen SMS daran erinnert. Der ganze Vorgang der Anmeldung habe zirka 5 Minuten gedauert.

Bestimmt habe schon jeder einmal einen Abfallsammeltermin, einen Kartonsammeltermin oder einen Abstimmungstermin vergessen. Mit einem SMS-Reminder-Service könnte Abhilfe geboten werden, indem man per SMS an wichtige Termine, die häufig im Alltag vergessen werden, erinnert würde.

Verschiedene Gründe würden für ein solches Angebot sprechen und Vorteile mit sich bringen:

- Zu einer modernen Verwaltung würden auch moderne Kommunikationsmittel gehören, welche insbesondere auch die junge Generation ansprechen. Die Städte Zürich oder Olten würden zeigen, dass mit einfachen technischen Einrichtungen auf der Website ein Mehrwert für den Bürger entstehe. Ein SMS-Reminder-Dienst sei im wahrsten Sinne des Wortes eine Dienstleistung am Bürger.
- In nächster Zeit werde die Website der Stadt Langenthal endlich neu konzipiert. Die Idee eines SMS-Reminder-Dienstes könnte ideal in diese Überlegungen einbezogen und umgesetzt werden. Der Zeitpunkt für ein solches Anliegen sei also geradezu ideal.
- Die Kosten eines solchen Dienstes könnten problemlos - falls dies gewünscht würde - den Nutzenden übertragen werden. Wer beispielsweise die telefonischen Dienste von Mike Shiva in Anspruch nehme, bezahle auch Fr. 4.50 pro Gesprächsminute. Ähnlich - mit entsprechenden Kosten pro SMS - könnte der SMS-Reminder-Dienst konzipiert werden, so dass für die Stadt keine Mehrkosten anfallen würden. Persönlich sei er aber der Meinung, dass es Langenthal als moderner Stadt gut anstehen würde, den Bürgerinnen und Bürgern eine solche Dienstleistung zu günstigen Konditionen zur Verfügung zu stellen.
- Ein SMS-Reminder-Dienst enthalte ungeahnte Möglichkeiten der Erinnerung: Papier-, Karton- und Abfallsammlungen, Kleidersammlungen, Wahl- und Abstimmungstermine, die Frist zur Einreichung der Steuererklärung, interessante städtische Veranstaltungen, Neuigkeiten aus der Stadt, Wetterdaten etc.

Es sei offensichtlich, dass ein SMS-Reminder-Dienst jedem Bürger, der dies auch möchte, Mehrwert bringe, weshalb es sein Anliegen zu unterstützen gelte.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion: In der SP/GL-Fraktion habe eine kontroverse Diskussion zum Thema stattgefunden. Die jüngeren Mitglieder der Fraktion würden im Dienst eine praktische Hilfe für das Leben in Langenthal sehen und hätten sich positiv und für eine massvolle Übertragung der Kosten auf die Benutzenden ausgesprochen. Andere Mitglieder der Fraktion dagegen finden, dass man den Gebrauch des Handys aus sozialen und politischen Gründen (gegen den Bau von Antennen) nicht noch mehr fördern sollte. Aufgrund der unterschiedlichen Meinungen habe die SP/GL-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 28 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 5 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat Steiner Daniel (EVP) vom 2. Februar 2009: Prüfung der Einführung eines SMS-Reminder-Services wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



8. **Postulat** (am 23. März 2009 in Postulat gewandelte Motion) **Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2008 betreffend Stärkung des Integrationsauftrages der Schule; Stellungnahme**

I **Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II **Detailberatung:**

Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini: Der Gemeinderat nehme das Anliegen Ernst, wolle aber keine zusätzliche Regelung und empfehle die Nichterheblicherklärung des Vorstosses auch in Form des Postulats aus folgenden Gründen:

- In Langenthal werde eine gepflegte Kultur vermittelt und gelebt.
- In Langenthal sei Schwimmunterricht kein Pflichtfach.
- In Langenthal sei bis anhin kein Fall bekannt oder eingetreten, der nach einer Regelung im Sinne des Postulats verlangt hätte. Aus Sicht der Schulleiterkonferenz, die auch vom Gemeinderat geteilt werde, bestehe deshalb für eine Regelung im Sinne des Postulats kein Bedarf. Im konkreten Einzelfall würde situativ von der Schulleitung entschieden.
- Mit dem Bundesgerichtsentscheid liege keine grundsätzliche "Übersteuerungsmöglichkeit" der geltenden gesetzlichen Grundlagen vor. Die Frage, ob eine Revision der gesetzlichen Grundlagen zwingend sei, gelte es auf kantonaler Ebene zu klären.
- Das Bundesgericht habe einen Entscheid zu einem konkreten Einzelfall gesprochen und kein generelles Urteil gefällt.

Patrick Freudiger: Wie folgende Beispiele zeigen würden, habe der Stadtrat normalerweise keine Probleme, dem Gemeinderat Prüfungsaufträge zu erteilen:

- Wochenend- und Nachtlohnzulage für Turnhallen-Personal
- Beitrag der Stadt Langenthal ans GA
- Ortsbus im Viertelstundentakt
- Ausbreitung gebietsfremder Problempflanzenarten
- UMTS-Moratorium

Warum es gerade im wichtigen Bereich der Integration eine Ladehemmung gebe, sei fraglich. Es sollte dem Stadtrat doch ein Anliegen sein zu prüfen, wie die bundesgerichtliche Rechtsprechung – wonach der Integrationsauftrag der Schule im Bereich des Schwimmunterrichts der Glaubensausübung einzelner Minderheiten vorgehe – in Langenthal in Zukunft effizient und für alle Beteiligten klar umgesetzt werden könnte. Da es sich um ein Postulat handle, würde der Gemeinderat zudem viel Spielraum bei der Umsetzung erhalten.

In seiner Beratung mache der Gemeinderat - wohl unfreiwillig - deutlich, weshalb das Postulat nötig sei:

- Es sei angemerkt worden, dass der Bundesgerichtsentscheid nur einen Einzelfall regle, man mithin nicht von einem generellen Urteil sprechen könne. Genau deshalb sei der Vorstoss nötig: Rechte und Pflichten sollen in Zukunft für alle Beteiligten klar gestellt werden. Damit stelle das Postulat auch die Arbeit der heutigen Integrationsverantwortlichen nicht in Frage. Im Gegenteil: Die Verantwortlichen würden in ihrem Auftrag gestärkt, da sie in Zukunft bei der Durchsetzung ihrer Arbeit über bessere Handlungsinstrumente verfügen sollen.

Ihm sei ein Fall bekannt, wo Mädchen – in Kopftuch gehüllt – zwar mit der Schulklasse in der Badi seien, aber nicht mitschwimmen, sondern bloss mit der Stoppuhr Zeit messen. Sie seien im Unterricht dabei, aber eben doch nicht. Selbstverständlich würden diese in der Statistik dann auch nicht unter die Rubrik "abwesend im Sportunterricht" fallen. Man sehe das Problem. Mittels Kuhhandel würden im Einzelfall Kinder von ihren Verpflichtungen dispensiert. Auch eine Folge davon, dass Rechte und Pflichten nicht genau geregelt seien.



Gemäss den Grundlagenakten geben Lehrkräfte zu Protokoll, solche und ähnliche Probleme "nicht juristisch, sondern pädagogisch" lösen zu wollen oder monieren dass sich "ethisch wertvolle Haltungen nicht juristisch erzwingen lassen" würden. Man sehe auch anhand dieser Aussagen, dass die Integrationspflichten ohne klare Regelung im Einzelfall dadurch bedroht seien, den Kürzeren zu ziehen. Gerade für die ausländischen Kinder, welche sich damit selbst abseits stellen, sei dies problematisch.

Letztlich gehe es auch um die Frage, wie das Verhalten des Stadtrates in der Bevölkerung wahrgenommen werde. Ein JA würde zeigen, dass das Parlament in der Frage der Integration nicht nur fördere, sondern auch fordere. Wie aber werde ein NEIN wahrgenommen, wenn das Parlament schon zaudere, wenn es um die Umsetzung einer relativ unbestrittenen bundesgerichtlichen Rechtsprechung gehe? Oder wie will es sich dann durchsetzen, wenn die Integrationspolitik einen Kraftakt erfordere?

Christoph Kuert, FDP/jll-Fraktion: Die seinerzeitige Diskussion innerhalb der FDP/jll-Fraktion mit den "haus-eigenen" Juristen habe damals, als es noch um die Frage der Rechtsgültigkeit der Motion gegangen sei, gezeigt, dass der Stadtrat durchaus handlungskompetent wäre. In der Fraktion habe man sich auch über den Sinn und Zweck des Vorstosses - ob in Form der Motion oder als Postulat - eine einhellige Meinung gemacht. Zum jetzigen Postulat nehme die FDP/jll-Fraktion bewusst nicht juristisch, sehr wohl aber politische Stellung:

Seit letztem Oktober liege zur Frage, ob muslimische Gläubige durch das Obligatorium betreffend die Teilnahme am gemischt-geschlechtlichen Schwimmunterricht in ihrer Religionsfreiheit eingeschränkt seien, ein Bundesgerichtsurteil vor. Nach dem Grundsatz Bundesrecht breche kantonales Recht, kantonales Recht breche Gemeinderecht haben sich auch die kommunale Aufsichtsbehörde, die Schulkommissionen, an den Weisungen übergeordneter Instanzen zu orientieren. Folgerichtig habe auch die Erziehungsdirektion des Kantons Bern das Bundesgerichtsurteil zum Anlass genommen, über die Bücher zu gehen und allfällige Konsequenzen für die bernische Volksschulgesetzgebung und damit auch für ihre Direktionsverordnungen zu überprüfen, anzupassen und die Gemeinden zu instruieren. Eine kantonale Regelung zur Thematik des Postulats sei also in nächster Zeit zu erwarten. Dadurch werde verhindert, dass jede Gemeinde einzeln an diese Problematik herangehe und sich eventuell auf langwierige Auseinandersetzungen gefasst machen müsse.

Nach Meinung der FDP/jll-Fraktion mache es nun wirklich keinen Sinn, dem Gemeinderat mit diesem Postulat einen Auftrag zu erteilen, der Zeit und administrativen Aufwand erfordere und der sich am Schluss, wenn die kantonale Weisung vorliege, höchstwahrscheinlich als doppelt genäht, unnötig und somit letztlich nur als Vergeudung von Ressourcen und womöglich auf Kosten dringender Anliegen erweisen werde.

Die FDP/jll-Fraktion lehne das Postulat einstimmig ab.

Beatrice Greber, SP/GL-Fraktion: Das Postulat möchte die Lehrer bei der Durchführung ihres Bildungsauftrages "Schwimmunterricht für alle" unterstützen. Aber auch für Schüler sei das Fernbleiben vom Schwimmunterricht alles andere als einfach, wenn die Schulkameraden ins Schwimmbad gehen.

Schwimmunterricht sei in gewissen Religionen eine "Gewissensfrage" und somit von grosser Bedeutung; vergleichbar mit der Gewissensfrage der Schweizer, die den obligatorischen Militärdienst aus Gewissensgründen nicht leisten möchten.

Es gebe bereits geregelte Möglichkeiten zur Dispensation in Einzelfällen beim Schwimmunterricht. Für die Lehrer gebe es damit nur selten problematische Situationen. Für eine "generell-abstrakte" Formulierung und Regelung bestehe deshalb kein grosses Bedürfnis.

Die SP/GL-Fraktion unterstütze deshalb die bestehende Regelung, wonach im konkreten Einzelfall zu entscheiden sei, und folge der Empfehlung des Gemeinderats das Postulat abzulehnen.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 28 Stimmen Nein gegen 5 Stimmen Ja (bei 2 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat (am 23. März 2009 in Postulat gewandelte Motion) Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2008 betreffend Stärkung des Integrationsauftrages der Schule wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



9. Interpellation Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009 betreffend den aktuellen Stand des Baubewilligungsverfahrens zum Minarett an der Bützbergstrasse 101a; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Urs Zurlinden: Eigentlich habe er zu diesem Thema nichts mehr sagen wollen, weil das wichtigste in der Antwort des Gemeinderates zum Ausdruck komme, dass das Baugesuch für das Minarett wie jedes andere ordentliche Baubewilligungsverfahren vom Stadtbauamt behandelt werde, ohne dass politische Aspekte dabei eine Rolle spielen dürfen. Aus diesem Grund dürfte der Baubewilligung für das Türmchen heute nichts mehr im Wege stehen. Schliesslich sei auch der Sikhs-Tempel im Dennli problemlos und ohne grossen politischen Lärm bewilligt worden.

All die Aktenergänzungen (Lärmprognosen, Nutzungs- und Betriebskonzepte, Listen von allen Vereinsmitgliedern inklusive der Adresse), die unterdessen noch eingeholt worden seien, hätten ihn in Erstaunen versetzt. Speziell - quasi wie ein Tüpfchen auf dem I - sei ihm die Ergänzung zu den Lärmdämmwerten der geplanten Kuppel vorgekommen. Seines Wissens werde das Minarett doch stumm bleiben, weil kein Muezzin über die Dächer von Langenthal zum Gebet rufen werde. Dementsprechend habe er sich doch gewundert, weshalb dieser Lärmdämmwert von besonderem Interesse sein soll?

Masslos geärgert habe er sich letzte Woche über die Pressemitteilung eines anonymen Trüppchens, welches angekündigt habe, die Baubewilligung für das Minarett so oder so an die nächste Instanz weiterzuziehen. Er hoffe und vertraue darauf, dass die Baubehörde Langenthals diese billige Drohung so bewerte, wie sie's verdiene - nämlich als schamlosen Erpressungsversuch, der kläglich scheitern müsse. Vielleicht nehme auch der rechte Flügel dieses rechtslastigen Grüppchens in unserem Land endlich zur Kenntnis, dass der Rechtsstaat Schweiz nur funktionieren könne, wenn die rechtsstaatlichen Instrumente eingehalten werden. Dazu gehöre nebst einem rechtlich sauber durchgezogenes Baubewilligungsverfahren auch das Verbot der Willkür und in "Gottes Namen" auch die Religions- und Kultusfreiheit.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 8. April 2009 und die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



10. Interpellation von Flüe Hanspeter (SP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009 betreffend den Abbau des Bahnangebots in Langenthal; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Hanspeter von Flüe: In Frage 1 habe er wissen wollen, welche Massnahmen der Gemeinderat konkret getroffen habe, um nach 2004 einen weiteren Abbau des Bahnangebots zu verhindern? Der Gemeinderat vermittele zwar Informationen zur regionalen Verkehrskonferenz; eine Antwort auf seine Frage habe er aber nicht erhalten.

Auf Frage 2, wie sich der Gemeinderat konkret bei den SBB eingebracht habe, um bei der Neugestaltung des Fahrplans 2008 proaktiv Einfluss zu nehmen, vermittele der Gemeinderat zwar interessante Informationen zur Fahrplangestaltung; die Beantwortung der Frage bleibe er aber schuldig.

In Frage 3 habe er wissen wollen, wie sich der Gemeinderat zu engagieren gedenke, damit die per 14. Dezember 2008 gestrichenen Verbindungen reaktiviert werden? Er habe seine Interpellation am 2. Februar 2009 eingereicht. Am 4. Februar 2009 habe der Gemeinderat an den Regierungsrat und an die SBB geschrieben. In diesem Zusammenhang erwähnenswert sei, dass der Stadtpräsident noch im August 2008 in einem Zeitungsinterview den neuen Fahrplan als positiv bewertet und dazu und lakonisch gemeint habe, dass die wegfallenden Züge offenbar einfach schlecht frequentiert würden.

Mit den beiden Briefen - die Antworten seien inzwischen auch eingetroffen - schein es nun getan zu sein, da die Aktivitäten nun wieder bei anderen liegen würden. Dies zeige sich im Übrigen auch an der offiziell nicht unterstützten Petition der SP-Sektionen der Region, der IGöV und des VCS. Auch die Protokolle der Regionalen Verkehrskonferenz würden Bände sprechen: Am 16. Oktober 2008 - der Stadtpräsident sei an dieser Sitzung entschuldigt abwesend gewesen - sei in der RVK die AK-Planung 2010-13 ohne Änderungsanträge verabschiedet worden. An der RVK-Sitzung vom 5. Februar 2009 werde hinsichtlich des gleichen Anliegens protokolliert: *"Selbstkritisch müssen wir anerkennen, dass wir uns zu wenig in Zeug gelegt haben."* Besser lasse sich das Versäumnis nicht zusammenfassen.

Auch Frage 4, die auf künftige Massnahmen des Gemeinderates ziele, um einem weiteren Abbau vorzubeugen, sei eigentlich nicht beantwortet worden. Der Gemeinderat beschreibe, was er getan habe. Beispielsweise sei die Stadt Bern kontaktiert worden. In wie fern diese an *"optimalen Verbindungen zu den regionalen Hauptorten ebenfalls eine hohes Interesse haben dürfte"*, sei fraglich. Was der Gemeinderat in Zukunft wirklich konkret zu unternehmen gedenke stehe jedoch nicht in der Antwort - aber vielleicht sei das ja die Antwort.

Sein Fazit: Mit den Antworten auf seine Fragen sei er nicht zufrieden. Er verzichte darauf, die nicht beantworteten Fragen nochmals zu stellen. Er persönlich sowie die SP Langenthal werde am Thema dranbleiben und behalte sich weitere Reaktionen vor.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 22. April 2009 und die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



11. Interpellation Kuert Christoph (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009 betreffend den richtigen Zeitpunkt der Winterschulsportwoche; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Christoph Kuert: Die Argumentation in der Interpellationsantwort sei nachvollziehbar. Die Presse sei nun gebeten, die breite Öffentlichkeit über die Gedankengänge des Gemeinderates zu informieren.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 8. April 2009 und die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



12. Parlamentarische Fragestunde

■ Fragen von **Stadtrat Reto Müller (SP)** betreffend **Sozialinspektoren**:

- a) *Wie steht es mit der Umsetzung von Sozialinspektoren in Langenthal?*
- b) *Was genau ist durch den Kanton Bern geplant und wie werden die Sozialinspektoren in Langenthal eingesetzt?*
- c) *Wurden schon Inspektoren bisher in Verdachtsfällen eingesetzt oder ab wann werden sie eingesetzt?*
- d) *Welche Deliktsummen wurden in anderen Städten schon aufgedeckt?*
- e) *Besteht auch die Möglichkeit kantonale Steuerinspektoren einzusetzen?*

■ Antworten von **Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini**, stellvertretend für den entschuldigt abwesenden Gemeinderat Kurt Blatter, Ressortvorsteher Sozialwesen und Alterfragen, zu den Fragen a) - e) von Stadtrat Reto Müller:

- a) Ab 2010 werde Bern als erster Deutschschweizer Kanton den Sozialdiensten flächendeckend Sozialinspektorate zur Verfügung stellen. Dies habe Regierungsrat Philippe Perrenoud Ende März angekündigt. Der Gesundheits- und Fürsorgedirektor habe damals das Ergebnis eines Pilotprojektes in den Gemeinden Bern, Biel, Ittigen und Köniz präsentiert. Dieses habe aufgezeigt, dass Sozialinspektoren für die Sozialdienste ein wirkungsvolles Zusatzinstrument zur Bekämpfung von unrechtmässigem Bezug von Sozialhilfegeldern seien. In der Zwischenzeit bereite die Gesundheits- und Fürsorgedirektion die Einführung der Inspektorate intensiv vor. Von Langenthal wie auch von den Städten Biel, Burgdorf, Köniz, Thun aus und eventuell im Berner Jura sollen die Inspektoren die Sozialdienste unterstützen. Am 25. Mai 2009 sei das Sozialamt Langenthal vom kantonalen Sozialamt zu einer ersten Sitzung eingeladen worden, an der über die Einführung der Sozialinspektorate näher informiert worden sei.
- b) Zur Planung durch den Kanton Bern seien zur Zeit noch keine Informationen lieferbar. Die Informationen werden gegen Ende des Monats fließen. Sicher sei, dass die Sozialinspektoren aufgrund fehlender gesetzlicher Grundlagen keine verdeckten Ermittlungen durchführen dürfen. Die Haupttätigkeiten, welche Sozialinspektoren in den Pilotprojekten erfüllt hätten, seien gewesen:
 - Dokumentenanalyse
 - Internetrecherchen
 - Direktes Gespräch mit der Zielperson
 - Abklärungen bei Arbeitsstellen
 - Unangemeldete HausbesucheDas Sozialamt gehe davon aus, dass sich die Sozialinspektoren in der Versuchsphase 2010/2011 vornehmlich mit diesen Aufgaben beschäftigen werden.
- c) Die Sozialkommission habe der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern die Einführung regionaler Sozialinspektoren bereits im November 2005 vorgeschlagen, was abgelehnt worden sei. Auf einen Einsatz sei bis heute verzichtet worden, weil die Kosten vollumfänglich durch die Stadt Langenthal zu tragen wären. Bis heute seien in der Sozialberatung der Stadt Langenthal keine Sozialinspektoren eingesetzt worden. Mit internen Kontrollen, regelmässigen Fallrevisionen und gelegentlichen Hausbesuchen werde versucht, dem missbräuchlichen Bezug von Sozialhilfe vorzubeugen.
- d) Es gebe weder zur viel diskutierten Missbrauchsquote noch zu den Deliktsummen verlässliche Zahlen. Es wäre unklug, weitere Vermutungen und Zahlen in die Welt zu setzen. Aus bisherigen Strafverfahren sei jedoch bekannt, dass sich die Deliktsummen von kleinen bis zu sechsstelligen Frankenbeträgen bewegen könnten.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

- e) Weder dem Sozialamt noch dem Finanzamt seien Steuerinspektoren bekannt, die im Sinne der Sozialinspektoren eingesetzt werden könnten.

■ **Fragen von Stadtrat Reto Müller (SP) betreffend Schulraum:**

- a) *Wo existieren in Langenthal noch Schulraumprovisorien und wie gedenkt man in Zukunft mit diesen umzugehen?*
- b) *Welche Schulräume werden neu geplant?*

■ **Antworten von Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini, Ressortvorsteherin Bildung und Jugend, zu den Fragen a) + b) von Stadtrat Reto Müller:**

- a) Es gebe keine Schulraumprovisorien. Die Pavillons auf dem Schulareal Kreuzfeld seien im Zusammenhang mit dem Einzug der Berufsfachschule in das Gebäude Turnhallenstrasse 22 - dem heutigen Standort der Oberaargauischen Musikschule und der Regionalbibliothek - erbaut worden. Sie würden zum Raumangebot des Schulzentrums Kreuzfeld I-III gehören.
- b) Der Gemeinderat habe im März 2008 ein Projekt zum Wiederaufbau des abgebrannten Kindergartenpavillons Kreuzfeld gestoppt und eine strategische Schulraumplanung in Auftrag gegeben, die den in den nächsten Jahren absehbaren Schulraumbedarf ausmachen soll. Das Büro für Schulraumplanung werde diesen Sommer Resultate zur Projektphase 1 eine Grobanalyse vorlegen.

■ **Anschlussfrage von Stadtrat Reto Müller (SP):**

Besteht eine Definition, was ein Schulraumprovisorium ist?

■ **Antwort von Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini, Ressortvorsteherin Bildung und Jugend auf die Anschlussfrage:**

Nein, in Langenthal gebe es keine Schulraumprovisorien und dementsprechend bestehe auch kein Bedarf nach einer näheren Definition.

■ **Fragen von Stadtrat Daniel Steiner (EVP) betreffend Veränderung der Aufgaben der Gemeinderäte/ Gemeinderats- und Verwaltungsorganisation:**

Im Zusammenhang mit bereits vollzogenen bzw. anstehenden Veränderungen der Aufgaben der Gemeinderät/-innen (z.B. Verselbständigung IBL, Police Bern, Bildungsamt, Jugendbeauftragter) sollen u.a. die Organisation des Gemeinderates (z.B. Ressortbildung) und die Verwaltungsorganisation unter die Lupe genommen werden.

- a) *Wie weit sind die Arbeiten zur zukünftigen Organisation des Gemeinderates bzw. zur Verwaltungsorganisation fortgeschritten?*
- b) *Wann sind erste Resultate zu diesen Arbeiten zu erwarten? Inwiefern werden diese kommuniziert?*
- c) *Kann damit gerechnet werden, dass eine allfällige Neuorganisation des Gemeinderates bzw. eine Verwaltungsreorganisation noch in der laufenden Legislatur umgesetzt werden?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Thomas Rufener, Ressortvorsteher Präsidiales, zu den Fragen a) - c) von Stadtrat Daniel Steiner:**

- a) Der Gemeinderat habe die Thematik 2009 an einer seiner Klausursitzungen traktandiert und den Start eines Projekts beschlossen. Regula Schneider sei für die interne Projektleitung zuständig. Erste Grundlagenarbeiten seien erfolgt. Momentan sei ein Fragebogen bei den Gemeinderäten im Umlauf.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

- b) Ein genauer Terminplan sei noch nicht erstellt. Der exakte Projektumfang und die Festlegung der Prioritäten seien momentan in Vorbereitung. Es wäre deshalb verfrüht, Angaben über erste Resultate terminlich in Aussicht zu stellen. Periodische Informationen seien jedoch vorgesehen.
- c) Erst nach der Festlegung des definitiven Projektumfangs und der Projektorganisation - eine externe Begleitung werde dafür in Erwägung gezogen - sei eine Bezeichnung der zu erwartenden Ergebnisse möglich. Auch in diesem Punkt sei eine Angabe einer zeitlichen Dimension über Umsetzungen in der laufenden Legislatur verfrüht.

■ **Anschlussfrage von Stadtrat Daniel Steiner (EVP):**

Die Legislaturperiode laufe nun noch 3 Jahre. Die Umorganisation sollte in dieser Zeit doch durchgebracht werden können?

- **Antwort von Stadtpräsident Thomas Rufener**, Ressortvorsteher Präsidiales, auf die Anschlussfrage:

Wie auf die Frage c) vorhin geantwortet, liege im Moment noch keine Terminplanung vor, um eine verbindlich Aussage dazu machen zu können.

■ **Frage von Stadtrat Christoph Stäger (glp) betreffend das Agglomerationsprogramm:**

Mit welchem Zeithorizont ist angesichts des gescheiterten Agglomerationsprogramms mit der Realisierung des Kreisels Ringstrasse/Thunstettenstrasse zu rechnen?

- **Antwort von Stadtpräsident Thomas Rufener**, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen, zur Frage von Stadtrat Christoph Stäger:

Der Investitionsplan 2010 - 2014 sei momentan in Bearbeitung. Das Stadtbauamt habe zu Händen des Gemeinderates Vorschläge für die Investitionen 2010 - 2014 eingereicht. Der Zeitpunkt für den Bau des Kreisels Ringstrasse/Thunstettenstrasse sei ursprünglich für 2010 geplant gewesen. In Anbetracht des abgelehnten Agglomerationsprogramms sei dieser aber neu zu beurteilen. Der Gemeinderat habe den Investitionsplan noch nicht beraten.

■ **Frage von Stadtrat Manuel Ischi (glp) betreffend die Website www.langenthal.ch:**

Wie weit sind die Vorbereitungen für eine neue Website www.langenthal.ch gediehen, die

- *schneller*
- *übersichtlicher und*
- *den Prinzipien des e-Gov entspricht?*

- **Antwort von Stadtpräsident Thomas Rufener**, Ressortvorsteher Präsidiales, zur Frage von Stadtrat Manuel Ischi:

Aktuell werde ein grundlegendes Redesign vorbereitet. Der Gemeinderat habe anlässlich seiner Sitzung vom 6. Mai 2009 das Projekt in seinen Grundzügen genehmigt. Der Projektplan sehe den Produktivstart bis spätestens Ende 2009 vor. Mit dem Redesign würden folgende Ziele verfolgt:

- objektorientierte Organisation der Daten und somit eine modulare Grundstruktur (ist wichtig für allfällige künftige Erweiterungen),
- Aktualisierung und Übernahme der bestehenden Daten,
- grafisches Redesign und
- ein Ausbau des Angebotes (Stichwort Online-Schalter etc.).

Selbstverständlich werde mit dem Redesign auch eine markante Verkürzung der Antwortzeiten angestrebt.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

■ **Anschlussfrage** von **Stadtrat Manuel Ischi (glp)**:

Wann ist die Aufschaltung vorgesehen?

- **Antwort** von **Stadtpräsident Thomas Rufener**, Ressortvorsteher Präsidiales, auf die Anschlussfrage:

Die Inbetriebnahme sei noch für dieses Jahr vorgesehen.

■ **Fragen** von **Stadträtin Beatrice Greber (SP)** betreffend **Ehrungen/Gratulationen**:

Heute auf dem Markt fragte mich eine Bürgerin traurig, warum denn zu ihrer goldenen Hochzeit am 1. Mai 2009 nur so ein "trockener" Standardbrief gekommen sei. "Keine Meldung in der Zeitung und kein Blumenstrauss" sagte sie traurig. Ihre Kollegin hätte einen wunderbaren Blumenstrauss erhalten. Ich habe mich anschliessend bei euch erkundigt und zur Antwort erhalten, dass es seit dem 1. Januar 2009 anders sei. Schade für diese langjährige Bürgerin der Stadt Langenthal.

Ehrungen sind mehr als eine nette Geste und sie bereiten viel Freude. Positive Anerkennungen sollten vermehrt bewusst gefördert werden. Ehrungen verleihen der Stadt ein gutes, wohlwollendes Image.

- Welche Ehrungen werden von der Stadt vorgenommen?*
- Welche Änderungen wurden ab Januar 2009 umgesetzt?*
- Reicht ein "trockenes" Standardschreiben, um eine besondere Leistung zu würdigen?*

- **Antworten** von **Stadtpräsident Thomas Rufener**, Ressortvorsteher Präsidiales, zu den Fragen a) - c) von Stadträtin Beatrice Greber:

a) Gratulationspraxis:

Ehegratulationen:	Goldene Hochzeit (50 Jahre)	Persönlicher Brief
	Diamantene Hochzeit (60 J.)	Persönlicher Brief und Blumenstrauss
	Eiserne Hochzeit (65 Jahre)	Persönlicher Brief und Blumenstrauss
Geburtstage:	90 Jahre	Persönlicher Brief Blumenstrauss Meldung im Langenthaler Tagblatt und in der Berner Zeitung
	95 Jahre	Persönlicher Brief Blumenstrauss Meldung im Langenthaler Tagblatt, in der Berner Zeitung und im Radio DRS
(Neu seit 1.1.09)	96 - 99 Jahre	Keine Gratulation!
	100 Jahre	Persönlicher Brief Blumenstrauss Lebenslauf im Langenthaler Tagblatt und in der Berner Zeitung Meldung im Radio DRS Besuch des Stadtpräsidenten und des Regierungsstatthalters Glockengeläut der reformierten und katholischen Kirche um 12.00 Uhr SVL-Gutscheine im Wert von Fr. 200.00
	101 Jahre und mehr	Persönlicher Brief Blumenstrauss Meldung im Langenth. Tagblatt, in der Berner Zeitung und im Radio DRS



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

- b) Gestützt auf Erhebungen in anderen Gemeinden und in Anbetracht des nicht zu unterschätzenden administrativen Aufwandes werde seit dem 1. Januar 2009 Geburtstagsjubilareinnen und -jubilare zwischen dem 96. und dem 99. Lebensjahr nicht mehr gratuliert. Ansonsten sei die Praxis nicht geändert worden.
- c) Der Gemeinderat gratuliere den Jubilarinnen und Jubilaren gerne in geeigneter Form. Veröffentlichungen seien aus Datenschutzgründen und zur Wahrung der Privatsphäre aber nicht unproblematisch und habe auch schon zu Reklamationen geführt. Das Gratulationssystem sei ziemlich aufwändig und erfordere eine seriöse Kontrolle.

■ **Frage von Stadtrat Markus Gfeller (FDP) betreffend die Pensionskasse:**

Nachdem davon auszugehen ist, dass die städtische Pensionskasse im Geschäftsjahr 2008 erneut eine deutliche Reduktion des Deckungsgrades hinnehmen musste (möglicherweise resultiert bereits eine Unterdeckung) weise ich nochmals auf die Dringlichkeit der Behandlung der am 22. Oktober 2007 als erheblich erklärten Postulate (Unabhängigkeit und Zukunftssicherung) hin. Die Beantwortung vom 23. März 2009 meiner Interpellation nennt keinen Zeitpunkt, auf den die Postulate im Stadtrat behandelt werden sollen. Deshalb:

Wann (Datum) werden die Postulate Gfeller Markus vom 22. Oktober 2007 im Zusammenhang mit der städtischen Pensionskasse dem Stadtrat zur Behandlung vorgelegt, damit eine tragfähige zukunftssträchtige Lösung gefunden werden kann und der wachsende Schaden (auf Grund der ungenügenden Finanzierung der zugesicherten Leistungen) nicht länger andauert?

■ **Antwort von Gemeinderat Jürg Häusler, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen, zur Frage von Stadtrat Markus Gfeller:**

Der Gemeinderat habe zu dieser Frage mit der Beantwortung der Interpellation Gfeller Markus (FDP) vom 15. Dezember 2008 zum Zeithorizont der Postulate Pensionskasse am 23. März 2009 bereits ausführlich Stellung bezogen.

Der Gemeinderat halte an seiner Entscheidung fest, zuerst die Ergebnisse der noch laufenden sachlichen Prüfungen abzuwarten bevor er dem Stadtrat eine Entscheidungsvorlage unterbreite, womit eine verbindliche Aussage zu den Terminen auch zum jetzigen Zeitpunkt nicht gemacht werden könne. Der Gemeinderat werde - wie er dies in der Vergangenheit auch schon gemacht habe - offen und zur gegebenen Zeit über den Stand der Abklärungen informieren.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

13. Mitteilungen des Gemeinderates

-

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



14 A. Eingereichtes Postulat Müller Reto (SP) vom 18. Mai 2009: Prüfung eines online-Systems zum Buchen, Reservieren und Belegen von Turn- und Sportstätten (Hallen, Stadion) auf der bestehenden Website der Stadt Langenthal oder auf einem neuen System

Postulatstext:

"«Online Hallen buchen in Langenthal»"

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, inwiefern auf der bestehenden Webseite der Stadt Langenthal oder auf einem neuen System die Buchungen, Reservierungen und Belegungen von Turn- und Sportstätten (Hallen, Stadion, ev. etc.) in Langenthal online ausgeführt werden könnten.

Wie eine mündliche Umfrage bei grossen Sportvereinen in Langenthal, welche regelmässig Hallenbelegungen auslösen, zeigte, wäre die Möglichkeit online Hallenbuchungen und -reservierungen zu tätigen, Hallenbelegungen und deren Verantwortlichkeiten einzusehen und die gesamte Hallen- und Sportstättenverwaltung online erledigen zu können, ein sehr grosses Anliegen.

So könnten die in den grossen Vereinen für diese Angelegenheiten zuständigen Sport- TKs ein Login auf besagtem Internettool erhalten, auf welchen die Hallen verzeichnet und reserviert werden könnten. Die Buchungen und Belegungen wären damit künftig flexibler gestaltbar, Doppelbelegungen würden ausgeschlossen, die Auslastung der bestehenden Hallen verbessert und die Hauswarte könnten «real time» jederzeit die Buchungen auf unbestimmten Zeitraum einsehen.

In Sachen Koordinations-, Betreuungs- und Rechnungsstellungsaufgaben wäre das Amt bestimmt nach wie vor insgesamt gleich ausgelastet, aber die Transparenz, Flexibilität und Kommunikation zwischen allen Beteiligten in Sachen Sportstättenbelegung würde massiv erhöht und damit die Zufriedenheit aller Mitwirkenden insgesamt verbessern."

Reto Müller

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



14 B. Eingereichtes Postulat Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 18. Mai 2009: Prüfung der Ausführung einer Begegnungszone im Bereich untere Marktgasse - Jurastrasse - Kreuzung Aarwangenstrasse bis vor die Einfahrt der Coop Einstellhalle unabhängig von einer allfälligen neuen Gestaltung der Kreuzung Jurastrasse-Aarwangenstrasse

Postulatstext:

"Begegnungszone Jurastrasse-Untere Marktgasse

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob die geplante Begegnungszone, welche die Untere Marktgasse, sowie die Jurastrasse von der Kreuzung Aarwangenstrasse bis vor die Einfahrt der Coop Einstellhalle einschliesst, unabhängig von einer allfälligen, neuen Gestaltung der Kreuzung Jurastrasse - Aarwangenstrasse auszuführen ist.

Begründung:

Parallel mit dem Bauprojekt "Überbauung Untere Marktgasse" wurde für die Jurastrasse zwischen Kreuzung Aarwangenstrasse (Theaterkreuzung) und der Einstellhalleneinfahrt Coop Tell, sowie der Unteren Marktgasse, ein neues Verkehrskonzept erarbeitet, welches eine Begegnungszone vorsieht. Die Bauarbeiten an der Unteren Marktgasse sind mittlerweile abgeschlossen und auch eine Neubaulösung des Coop Teils ist in weite Ferne gerückt. Zudem ist die Untere Marktgasse von einer Einbahnstrasse in eine mit 50 Km/h beidseitig befahrbare Strasse umgewandelt worden, was die Sicherheit bestimmt nicht verbessert hat!

Die jetzige Situation ohne jegliche Verkehrsschilder und markierten Fussgängerquerungen ist äusserst unbefriedigend und führt zu Stress und Verunsicherung bei allen Verkehrsteilnehmern. Auf Anfragen der Bevölkerung wurde damit geantwortet, dass in diesem Bereich eine Begegnungszone geplant sei und deshalb keine neuen Fussgängerstreifen aufgemalt würden.

Bei genauerem Nachfragen wurde dann klar, dass der Gemeinderat mit der Ausführung zur Umwandlung in eine Begegnungszone erst beginnen will, wenn eine Lösung für die Theaterkreuzung gefunden ist.

Da aber in absehbarer Zeit sicherlich keine umsetzbare und genehmigungsfähige Lösung gefunden werden kann, ist es unverantwortlich, mit der Umsetzung der Begegnungszone noch weiter zuzuwarten!

Die Tatsache, dass bis jetzt noch kein erwähnenswerter Unfall geschehen ist, ist kein Grund die jetzige Situation zu belassen.

Informationsquellen:

Umfassende Information zur Begegnungszone in der Schweiz <http://www.begegnungszonen.ch/home/index.aspx>"

Manuel Ischi und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



14 C. Eingereichtes Postulat Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 18. Mai 2009: Prüfung regelmässiger Teilnahmen an internationalen Aktionen zum nachhaltigen Umweltschutz und der Ergreifung proaktiver Massnahmen dazu sowie Prüfung der Institutionalisierung der 2007 durchgeführten Energiesparwoche in der Zeitspanne zwischen Earth Hour (Ende März) und Earth Day (22. April)

Postulatstext:

"Earth Hour / Earth Day in Langenthal

Der Gemeinderat wird aufgefordert, an regelmässigen (internationalen) Aktionen zum nachhaltigen Umweltschutz aktiv teilzunehmen und dafür proaktiv Massnahmen zu ergreifen. Die 2007 durchgeführte Energiesparwoche soll verlängert und institutionalisiert werden und jährlich auf die Zeitspanne zwischen Earth Hour (Ende März) und Earth Day (22. April) fallen.

Begründung:

Globale Erwärmung, Klimaschutz und erneuerbare Energien sind Themen, die nicht mehr aus dem Alltag weg zu denken sind. Jedermann/-frau, jede Organisation, jede Stadt und jede Nation müssen heute aktiv dafür eintreten. Politische Entscheidungsträger sind gefordert, mutige Schritte zu tun (Stichwort CO2-Abgaben) und nachhaltige Entwicklungen zu fördern (Reduktion von Treibhausgasen; erneuerbare Energien; etc.).

Die Earth Hour (Stunde der Erde), eine Initiative des WWF Australien, wurde in Sydney im März 2007 erstmals durchgeführt mit dem Ziel, symbolisch durch Lichterlöschen das Energiesparen und die damit verbundene Reduktion des Ausstosses von Treibhausgasen zu unterstützen. Die Aktion fand weltweit Beachtung und wurde 2008 sowie am 28. März 2009 wiederholt. 2009 nahmen rund eine Milliarde Menschen in 3'500 Städten in 84 Ländern an der Aktion teil und löschten die Lichter ab 20:30 Uhr Lokalzeit für eine Stunde. Die an der Aktion teilnehmenden Städte (in der Schweiz: Basel, Bellinzona, Bern, Biel, Delémont, Genf, Lancy, Lausanne, Morges, Neuchâtel, Nyon, Vernier, Yverdon und Zürich) löschen freiwillig die Beleuchtung öffentlicher Gebäude, Strassen und übrige Beleuchtungen, wo dies sicherheitstechnisch vertretbar ist. Firmen und Private folgen der Aktion mit dem Abstellen von Stromverbrauchern in Bürogebäuden und zu Hause. Ähnliche Ziele verfolgt der jährlich am 22. April stattfindende Earth Day.

Als Energiestadt (mit 78 % realisierter Energiestadt-Massnahmen) ist Langenthal prädestiniert, sich für diese Thematik weiter aktiv einzusetzen und an den Aktionen Earth Hour und Earth Day mitzuwirken. Mit einer Energiewoche, welche durch die Earth Hour initiiert wird, bzw. mit einem Energiemonat zwischen Earth Hour und Earth Day ergibt sich eine hervorragende Plattform, Umwelt und Energie intensiv zu thematisieren und die Bevölkerung nachhaltig dafür zu sensibilisieren. Langenthal kann dadurch im Oberaargau und weit darüber hinaus eine Vorreiterrolle als Zentrum nachhaltiger Entwicklung einnehmen.

Informationsquellen:

- Earth Hour Homepage
<http://www.earthhour.org/home/ch:en>
- Earth Hour Schweiz
<http://www.wwf.ch/de/derwwf/themen/klima/?1179/Earth-Hour-In-84-Landern-geht-das-Licht-aus>
- Wikipedia
http://de.wikipedia.org/wiki/Earth_Hour
- Artikel im Sydney Morning Herald über die Earth Hour 2007
<http://www.smh.com.au/news/environment/sydney-switches-off-lights/2007/10/31/1174761812426.html>
- WWF-Information zur Earth Hour
http://www.panda.org/how_you_can_help/earth_hour/
- Earth Day Home page
<http://www.earthday.net/>
- Energiestadt - European Energy Award
<http://www.energiestadt.ch/d/>



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

Manuel Ischi und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



14 D. Eingereichtes Postulat Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 18. Mai 2009: Prüfung eines Verbots von Film- und Fotoaufnahmen durch die amerikanische Internetfirma Google (www.google.com) auf öffentlichem Grund (google street view) und von Massnahmen zu deren Durchsetzung

Postulatstext:

"Stopp Google StreetView

Der Gemeinderat und das Amt für öffentliche Sicherheit werden aufgefordert, ein Verbot von Film- und Fotoaufnahmen durch die amerikanische Internetfirma Google www.google.com auf öffentlichem Grund zu prüfen und auszusprechen. Ebenso sind Massnahmen zur Durchsetzung dieses Verbots zu prüfen und nötigenfalls zu ergreifen.

Begründung:

Google hat im März 2009 damit begonnen, mit Hilfe von auffälligen, speziell ausgerüsteten Fahrzeugen die Strassen von Schweizer Städten abzufahren. Dabei nimmt eine Panorama-Kamera (bestehend aus 8 Kameras) auf dem Fahrzeugdach laufend (alle 10 bis 20 m) während der Fahrt 360-Grad-Fotos zwei bis drei Meter über Augenhöhe der Umgebung auf. So rücken nicht nur Menschen ungefragt ins Bild, sondern auch private Gebäude und umzäunte Areale wie Gärten, ohne eine Einwilligung der Betroffenen einzuholen, die ein Recht am eigenen Bild und am Schutz ihrer Privatsphäre haben. Dieses Vorgehen ist unter Datenschützern höchst umstritten. In England haben Bürger bereits zur Selbsthilfe gegriffen und den Fahrer des Google-Fahrzeuges zur Umkehr gezwungen. In Schleswig-Holstein ist man der Ansicht, die Erfassung sei rechtswidrig, worauf Google gleich das ganze Bundesland (vorläufig) ausgenommen hat. Typischerweise wird auf Google USA als Ansprechpartner verwiesen, rechtliche Streitigkeiten werden ebenfalls dorthin verwiesen. Jüngst hat die griechische Datenschutzbehörde DPA Google gestoppt. In ganz Griechenland dürfen die StreetView-Autos vorerst keine Aufnahmen anfertigen.

Informationsquellen:

- *Datenschutzzentrum Schleswig-Holstein (mit Verbotsschildern zum Herunterladen)*
<https://www.datenschutzzentrum.de/geodaten/streetview.htm>
- *Wikipedia*
http://en.wikipedia.org/wiki/Google_Street_View
- *Britische Datenschützer genehmigen Google StreetView*
<http://www.nzz.ch/nachrichten/medien/datenschutzbehoerdeqooqlestreetview1.2450500.html>
- *Aktuelle Finanzzahlen*
<http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaftlaktuell/googlegewinn1.2418226.html>
- *Einschätzung der NZZ: Bitte lächeln!*
http://www.nzz.ch/magazin/mobil/bitte_laecheln_1.2267663.html
- *Deutschland: Googles Zugeständnisse*
<http://newsticker.welt.de/?module=dpa&id=21058166>
- *Deutschlandstart 2009 und ein Blick nach Österreich*
<http://www.news.ch/Googles+Street+View+Deutschlandstart+noch+2009/383993/detail.htm>
- *Griechenland stoppt Google*
<http://www.dpa.Qr/APDPXPortlets/htdocs/documentDisplay.isp?docid=249.137.131.30.227.189.240.114>

Argumente gegen Google StreetView in Langenthal in der Übersicht:

- *Datenschutzrechtliche Bedenken*
- *Fotos von Gebäuden und Personen werden unbearbeitet, im Rohformat, auf amerikanischen Servern gespeichert*
- *Recht am eigenen Bild und der Privatsphäre (und der Kontrolle darüber) verletzt*



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

- *Argument, es werde nur fotografiert, was eh alle sehen, zieht nicht: Die Bilder werden weltweit im Internet veröffentlicht! In Echtzeit sind es nur wenige Menschen, die nur Ausschnitte «sehen» und allenfalls in privaten Fotoalben speichern.*
- *Gefährdung der öffentlichen Sicherheit: Die Gebäude entlang der Kamerarouten lassen sich bequem am PC ausspionieren, potenzielle Einbruchsziele können so leicht eruiert werden*
- *Google kann keinen technischen Schutz der Daten und Privatsphäre garantieren (Technologien funktionieren nicht zuverlässig!)"*

Manuel Ischi und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



14 E. Eingereichtes Postulat Stäger Christoph (glp) vom 18. Mai 2009: Prüfung der Ausrüstung der gedeckten Bushaltestellen mit Sitzbänken

Postulatstext:

"Ausrüstung aller gedeckten Bushaltestellen mit Sitzbänken

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob nach der laufenden Reorganisation des Busnetzes die bestehenden oder allenfalls neu zu errichtenden gedeckten Bushaltestellen mit einer Sitzgelegenheit (Bänke oder bei engen Verhältnissen allenfalls Klappsitze) ausgerüstet werden können.

Begründung:

Einige der bestehenden gedeckten Bushaltestellen (z.B. Neuhüsli, Zelgli, Dreilinden usw) bieten zwar Schutz vor Regen und Sonne, jedoch keine Sitzgelegenheit. Für die wartenden Passagiere wirkt dies nicht gerade einladend und ist insbesondere für ältere und gebrechliche Menschen ein Problem. Die eigene Beobachtung einer betagten Dame, welche neben der Haltestelle Dreilinden auf einer Steinmauer an der prallen Sonne sitzt um auf den Bus zu warten, passt nicht ins Bild eines modernen und kundenfreundlichen öffentlichen Verkehrsbetriebes. Im Rahmen der Reorganisation des Busnetzes würde sich eine entsprechende Optimierung der Haltestellen anbieten. Nicht zuletzt würde auch das Image der Stadt gewinnen."

Christoph Stäger

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



14 F. Eingereichte Interpellation Kuert Christoph (FDP) und Mitunterzeichnende vom 18. Mai 2009 betreffend "Sicherheit in Langenthal - wie ist die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei zu verbessern?"

Interpellationstext:

"Sicherheit in Langenthal: Wie ist die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei zu verbessern?"

Anlässlich der letzten Stadtratssitzung wurde die Interpellation von Beatrice Lüthi (FDP) «Sicherheit in Langenthal» vom 20. Oktober 2008 abgeschrieben, weil die Interpellantin sich momentan nicht mehr im Stadtrat befindet. Die Aktualität ist aber nach wie vor gegeben.

Beatrice Lüthi nahm Bezug auf die Einbruchsdiebstähle in Langenthal in der zweiten Jahreshälfte 2008. Über diese Vorkommnisse zirkulierten damals viele Gerüchte, aber eine ausreichende Information (und damit auch Warnung) der Bevölkerung durch die Behörden unterblieb. Eine substantielle Information der Bevölkerung ist wichtig, weil dadurch

- das Sicherheitsempfinden der Bürger gestärkt wird, weil sie merken, dass die Behörden sich engagieren
- dadurch eine Prävention bewirkt werden kann.

Juristisch zuständig für die Information der Bevölkerung ist die Kantonspolizei, bzw. das Untersuchungsrichteramt, verantwortlich für die Sicherheit in der Gemeinde Langenthal aber der Gemeinderat.

Nach wie vor sind uns deshalb folgende Fragen an den Gemeinderat sehr wichtig:

- Wurde der Gemeinderat durch die Kantonspolizei über die Vorkommnisse vollständig, mangelhaft oder gar nicht informiert?
- Gab es triftige Gründe, Informationen zurückzuhalten?
- Ist wenigstens die Stadtpolizei durch die Kantonspolizei genügend informiert worden?

Und generell stellt sich die Frage:

- Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass er beim bevorstehenden Übergang unserer Stadtpolizei in die Kantonspolizei nicht durch weitere Informationsdefizite benachteiligt wird, und so seine Verantwortung für die Sicherheit unserer Stadt nicht richtig wahrnehmen kann?"

Christoph Kuert und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



14 G. Eingereichte Interpellation Köhli Samuel (SP) vom 18. Mai 2009 betreffend die berufliche Eingliederung von Menschen mit einer physischen oder psychischen Behinderung in der Stadtverwaltung

Interpellationstext:

"Berufliche Eingliederung von Menschen mit einer physischen oder psychischen Behinderung in der Stadtverwaltung

Die berufliche Eingliederung von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Leistungsschwäche ist eine sozialpolitische Aufgabe unserer Gesellschaft und volkswirtschaftlich von hoher Brisanz (5. IV-Revision). Die Eingliederung von Menschen mit einer Behinderung ist im Gesetz vorgesehen, nicht aber die Anstellungsverpflichtung der Betriebe.

Studien von mehreren Fachhochschulen über die berufliche Integration von Menschen mit einer Behinderung in der Schweiz zeigen, dass wenige Unternehmen Behinderte beschäftigen. Es sind nur ca. 8 % der Betriebe, die mindestens eine behinderte Person angestellt haben, obwohl ca. 30 % der Firmen eine Beschäftigung im eigenen Betrieb für möglich halten.

Hemmende Gründe der Anstellung sind möglicherweise:

- *Drohender Mehraufwand durch die Behinderung der handicapierten Menschen*
- *Eingeschränkte Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen*
- *Ängste im Umgang mit Menschen mit einer physischen oder psychischen Behinderung*
- *Fehlende Information über bestehende Beratungs- und Unterstützungsangebote*

In diesem Zusammenhang bittet der Interpellant den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie anerkennt die Stadtverwaltung das wichtige Anliegen der Beschäftigung von Menschen mit einer physischen oder psychischen Behinderung?*
- 2. Sind Menschen mit einer Behinderung zurzeit in der Stadtverwaltung angestellt? Wenn ja, wie viele?*
- 3. Wie gross ist das Potential an geeigneten Arbeitsplätzen in der Stadtverwaltung und in welchen Bereichen sind diese angesiedelt?*
- 4. Ist die Stadt bereit, vermehrt Arbeitsplätze für Menschen mit einer Behinderung zur Verfügung zu stellen?*
- 5. Hat die Stadtverwaltung ein entsprechendes Konzept dazu?*
- 6. Kann im Personalreglement eine verbindliche Regelung für die Anstellung von Personen mit einer Behinderung verankert werden?"*

Samuel Köhli

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 18. Mai 2009

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber



14 H. Eingereichte Interpellation Winzenried Timotheus (PNOS) und Mitunterzeichner vom 18. Mai 2009 betreffend die obligatorische Schulzeit als Vorbereiter für das Leben (Verantwortung für die Bildung von Moral und Wertevorstellungen)

Interpellationstext:

"Obligatorische Schulzeit als Vorbereiter für das Leben

Da die Schüler ab der 1. Klasse mehr und mehr Zeit in der Schule verbringen, übernimmt diese dadurch auch zu einem grossen Teil die Verantwortung für die Bildung von Moral und Wertevorstellungen. Jedoch sorgen Jugendlichen immer wieder für schlechte Schlagzeilen. Die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen ist nicht nur in den Händen der Eltern sondern auch, und dies ist nicht nur ein kleiner Teil, in den Händen der Schule.

Deshalb möchte ich gerne die nachfolgenden Fragen beantwortet haben:

- 1. Wie sieht das Präventionsprogramm gegen Drogensucht inklusive Nikotin und Alkohol aus?*
- 2. Ab welcher Klasse wird mit der sexuellen Aufklärung und den möglichen daraus resultierenden Krankheiten begonnen?

Wie viel Zeit wird investiert und wie oft wird es wiederholt bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit?*
- 3. Ist die Schule am Puls der Zeit und weist auf Risiken und entstehende Probleme bei Computer -und Videospielsucht hin?

Sollte dies der Fall sein, wie sieht diese Zusammenstellung aus?*
- 4. Was unternimmt die Schule gegen den stetig steigenden Schönheitswahn mit den daraus resultierenden Problemen, wie Essstörungen und Diätenwahn?*
- 5. Wie weist die Schule auf die Probleme mit Rechts -und Linksextremer Gewalt und die Risiken der Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppierungen hin. Wurde dies in den letzten Jahren aus der Notwendigkeit heraus erhöht?"*

Timotheus Winzenried

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Für getreuen Protokollauszug
Der Sekretär:

Daniel Steiner, Stadtschreiber